



für soziale Reform und der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege haben durch einen Ausschuss Vorschläge zur gesetzlichen Regelung der Kinderarbeit in der Landwirtschaft ausarbeiten lassen.

Es dürfte sich in diesem Stadium zunächst erübrigen, auf Einzelheiten der hier gemachten Vorschläge kritisch einzugehen. Jetzt kommt es vor allen Dingen darauf an, daß ernsthaft an die gesetzgeberische Lösung der Aufgabe herangegangen wird. Ueberflüssig zu sagen, daß Kinderarbeit meistens ihre Ursache in den unzureichenden Einkommensverhältnissen der Familie hat.

Auch hier wird in einem Teilproblem aufbauender Sozialpolitik das Ganze der sozialen Frage sichtbar. Es ist die Aufgabe des Staates, mit den Mitteln der Sozialpolitik dafür zu sorgen, daß soziale Einsicht und Borausicht immer stärker das gesellschaftliche Produktionsverhältnis bestimmen. Das ist zugleich echter wirtschaftlicher Wiederaufbau. Deshalb darf auch nicht länger mit dem Ausbau des Kinderschutzgesetzes gewartet werden.

## Ein Dementi des Reichsarbeitsministeriums.

### Zur neuen Aktiennotiz der Arbeitgebervereinigung.

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 14. April veröffentlichten wir einige interessante Stellen aus dem Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände über das Washingtoner Übereinkommen über den Achtfundentag. Das Rundschreiben wirft ein bezeichnendes Licht auf die Methoden der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrem Kampfe gegen die gesetzliche Wiedereinführung des Achtfundentages und die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens. Ausdrücklich wird in diesem Rundschreiben, wie wir nachgewiesen haben, auf Erklärungen des Reichsarbeitsministeriums Bezug genommen.

Der durch seine Aktiennotiz berühmte gewordene Syndikus der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Meißinger, immer noch wohlbestallter Geschäftsführer dieser Vereinigung, hat in diesem Falle nicht mitgewirkt. An der Besprechung im Reichsarbeitsministerium war die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände durch die Herren Dr. Tänzler und Dr. Erdmann vertreten; der erstere ist auch der Unterzeichner des von uns zitierten Rundschreibens. Zu diesem Rundschreiben erklärt nun das Reichsarbeitsministerium in einer Zuschrift an uns, daß es der Vereinigung der Arbeitgeberverbände über die Ergebnisse der Londoner Arbeitszeitkonferenz keinerlei vertrauliche Sonderinformationen gemacht hat. Die Mitteilungen an die Vereinigung deckten sich inhaltlich mit denen, die den Vertretern der Gewerkschaften und auf der Pressekonferenz am 23. März gemacht worden sind. Bei keiner dieser Gelegenheiten hätte das Reichsarbeitsministerium um vertrauliche Behandlung der von ihm gegebenen Erklärungen zu den Ergebnissen der Konferenz gebeten. Im übrigen, erklärt das Reichsarbeitsministerium, wird der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes in den allernächsten Tagen den beteiligten Kreisen zugehen, so daß alsdann eine wirkliche Unterlage für die Beurteilung der Absichten des Ministeriums gegeben ist.

Das Reichsarbeitsministerium stellt also fest, daß die Mitteilungen an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sich inhaltlich mit denen decken, die den Vertretern der Gewerkschaften abgegeben worden sind. Damit lehnt das Reichsarbeitsministerium ab, als Kronzeuge für die Auslegungssätze der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu gelten.

Auch in diesem Falle zeigt die Geschichte der zweiten Aktiennotiz die Schwere der bevorstehenden Kämpfe um die gesetzliche Wiedereinführung des Achtfundentages und die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens. Das für die allernächsten Tage angekündigte Arbeitsschutzgesetz wird Klarstellen, ob das Reichsarbeitsministerium nicht nur

durch Worte, sondern durch Taten von den Auslegungssätzen der Arbeitgebervereinigung abdrückt.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände veröffentlicht durch die schweizerische Telegraphenunion eine Erklärung, wonach das von uns in einzelnen Teilen veröffentlichte Rundschreiben weder „geheim“ gewesen sei, noch Anlaß zu einer Geheimhaltung vorlag. Damit bestätigt die Arbeitgebervereinigung die Echtheit des Rundschreibens.

## Der Sachsenstreit.

### Die Fraktionspaltung im Landtag vollzogen.

Dresden, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Der sächsische Landtag ist am Donnerstag nach Beendigung der Osterferien wieder zusammengetreten. Vor Beginn der Sitzung hatten die 18 nicht aus der Partei ausgeschlossenen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion dem Präsidenten ein Schreiben übermittelt, in dem auf den Beschluß der sächsischen Bezirksvorstände verwiesen und darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Fraktionsvertreter der Sozialdemokratischen Partei Sachsen und damit die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Landtag in Zukunft die 18 — namentlich aufgeführten — Abgeordneten sind. Außerdem wird in dem Schreiben ersucht, „für die genannten Abgeordneten ein Sitzungszimmer zur Verfügung zu stellen, sowie die Sitzungsordnung im Plenum und die Vertretung in den Ausschüssen entsprechend neu zu regeln“.

Die 23 Abgeordneten antworteten auf dieses Schreiben in der öffentlichen Sitzung in einer längeren Erklärung, in der von ihrem Standpunkt aus nochmals die Entwicklung des Konfliktes im einzelnen dargestellt und den 18 bisher als sozialdemokratische „Minderheit“ bezeichneten Abgeordneten die Schuld an der Entwicklung der Dinge gegeben wird. Am Schluß der Erklärung heißt es wörtlich:

„Eine Partei von der Struktur der deutschen Sozialdemokratie, die sich von jeder zur republikanischen Staatsform bekannt hat, kann sich in der Republik auf die Dauer der staatlichen Mitarbeit und Verantwortung an der Regierung nicht entziehen. Wenn angesichts dieser Tatsache die Partei dennoch ohne zwingende Gründe in Opposition tritt, muß diese Opposition unfruchtbar sein und sich zum Schaden des Volkes auswirken. Aus allen diesen Gründen erklären wir, daß wir die Politik der gegenwärtigen sozialdemokratischen Parteileitung Sachsens ablehnen und daß wir als alte Sozialdemokratische Partei dem im letzten Jahr erprobten und zum Vorteil des Volkes sich auswirkenden Kurs positiver staatlicher Mitarbeit weiterstreben werden. Wir sind überzeugt, daß die breiten Massen der sozialdemokratischen Anhänger dieser uns aufzuzwingenden Schritt billigen und nachdrücklich unterstützen werden.“

Die 18 Abgeordneten kündigten daraufhin eine Gegenklärung an. Ein Antrag des Abgeordneten Richter (Komm.) auf sofortige Besprechung der Erklärung der 23 Abgeordneten wurde abgelehnt, und das Haus trat sodann in die Tagesordnung ein.

## Generalshumor bei Hugenbergs.

### Über den „Hymne“.

Wenn auch das rumänische Kabinett des Generals Averescu von der europäischen Presse im allgemeinen recht ablehnend empfangen wurde: über den „Berliner Lokal-Anzeiger“ kann es sich nicht beklagen. „Averescu“, so behauptet der nach Bukarest entsandte Hugenberg-Jünger, wird der Diktator vom rumänischen Volke genannt, und eine Kutsche von Ministern hat er sich um sich geschart. Ein wahrer Hymnus wird angesprochen auf den Innenminister Ostapian Goga, der in der weiteren Öffentlichkeit freilich bisher nur als hemmungsloser Förderer der pogromistischen Ausschreitungen in der Bukarester Studentenschaft bekannt geworden ist. Geradezu grotesk aber muß auf jeden Denker der Verhältnisse im Königreich Groß-Rumänien wirken, was über den neuen Kriegsminister, General Dubovic Mircescu, gesagt wird. Wortwörtlich heißt es da:

„Inzwischen (1925) — der General war vorher Divisionskommandeur in Czernowitz und Chef des Karpatenjägerskorps gewesen — waren die Verhältnisse in Bessarabien so ernst geworden, daß der König eingriff und nach kurzer Zeit Mircescu mit der Führung des Armeekorps in Rischinow beauftragte. Schon nach wenigen Monaten hatten sich die Bessarabier beruhigt. Ohne Gewalt, mit Verständnis und Humor hat der General in Bessarabien die lang ersehnte Ordnung hergestellt.“

Ja, so ein richtiger General von echtem Schrot und Korn versteht die Dinge eben doch anders als irgendein hergelaufener Zivilhänzel. Vor allem, wenn er, wie gelassen betont wird, vom Kriege acht Jahre Militärdienst im wilhelminischen Berlin gewesen ist. Der wackere Vater des „Lokal-Anzeigers“ denkt so; wie aber liegen die Tatsachen? Seit Mircescu im Herbst des vergangenen Jahres zum Nachfolger des Generals Victor Rudeanu, eines ausgesprochenen Gamaßentropfen, der nur mit dem Kommissariat zu regieren verstand, berufen wurde, hat sich in dem gestörten Bessarabien so gut wie nichts geändert. Die ständischen Kriegesgerichtsprozesse von Rischinow vom November 1925 und vom Frühjahr 1926 erregten über die rumänischen Grenzen hinaus heftige Empörung und sind auch heute noch lange nicht verfallen. Wurden doch allein im Fall Tatar-Bunar 85 fast aller Rechtsicherheiten beraubte Angeklagte zu insgesamt über 450 Jahren Zwangsarbeit auf halbtägige Anschuldbildungen hin verurteilt, und als Richter figurierter der Oberst Racim, der nach der bürgerlich-demokratischen Zeitung „Jacia“ vom 23. November 1925 123 rumänische Bürger ohne trügerische Verhandlung hatte fesseln lassen. Eine brutale Militärzensur herrschte: Jede freie Meinungsäußerung, jede öffentliche Versammlung war durch einen rigoros durchgeführten Belagerungszustand unmöglich gemacht. Täglich wurden Menschen mißhandelt oder getötet.

Der „Lokal-Anzeiger“ hat recht: In Bessarabien herrschte in den letzten Monaten Ruhe. — Die Ruhe eines Friedhofes. Wie aber die Bevölkerung Bessarabiens über das System Mircescus, der damals noch der liberalen Regierung Bratianu dients, gedacht hat, bewies sie bei den Gemeindevahlen im Frühjahr 1926. Trotz beispiellosen Terrors erhielten in Rischinow die Oppositionellen 5195 und die Liberalen nur 1341 Stimmen.

In der Tat: Nach den Auffassungen des „Lokal-Anzeigers“ zeigte Mircescu „Verständnis, Milde und Humor“. Wir kennen die Empathien der Rannen von Hugenberg, Hornisch und Hüllslog für Staatsstreiche und Staatsverlecher. Und so glauben wir Ihnen ihre Zuneigung zu Männern vom Schlage eines Averescu, eines Goga und eines Mircescu.

## Reichsrat und Gesetzgebung.

### Frage der wiederholten Vorlage nach Reichstagsauflösung.

Der Reichsrat sahte in seiner Donnerstagssitzung zu der Frage, ob nach Auflösung des Reichstags eine wiederholte Vorlegung von Gesetzentwürfen an den Reichsrat notwendig ist oder nicht, auf Grund des Beschlusses seiner Ausschüsse folgende Entschliessung: „Wenn der Reichsrat gemäß Artikel 69 der Reichsverfassung der Einbringung einer Gesetzesvorlage der Reichsregierung zustimmt, so will er damit nur seine Zustimmung zu der alsbaldigen Einbringung in den Reichstag erklären. Zur erneuten Einbringung in einem neuen Reichstag bedarf es daher der erneuten Zustimmung des Reichsrats. Diese kann in vereinfachter Form geschehen, indem dem Reichsrat lediglich ein Verzeichnis der dem Reichstag unüberändert zu überreichenden Vorlagen eingereicht wird. Dem Reichsrat bleibt es dann überlassen zu entscheiden, ob er erneut der gesamten Vorlage ohne weiteres zustimmen oder Einzelheiten vorher noch einer eingehenderen Beratung unterziehen will.“

Ein deutsch-böhmischer Handelsvertrag dürfte innerhalb der nächsten 14 Tage in Berlin vereinbart werden.

Der polnische Nationalheld ist und bleibt Josef Pilsudski, gerade weil er seit langem nicht mehr aktiver Partisan ist. Als er erst eben nach zweijährigem Aufenthalt in Wilna nach Warschau zurückkehrte, wurde er auf allen Bahnhöfen von großen Volksmengen begrüßt. Auf dem Bahnhof in Warschau hatten sich 1000 Offiziere aller Grade und eine vieltausendköpfige Menge eingefunden.

## Republikanische Erziehung.

Von Oberrealschuldirektor Dr. A. Kungemüller, Freiburg i. Br.

Es ist zwar eine alte Erfahrung, daß bei der Erziehung der Jugend die Beherrschung der Hauptsache spielt und das Lehrbuch nur Nebensache ist; trotzdem wird auch der geschickteste Lehrer in bestimmten Fällen ohne Lehrbuch nicht auskommen können und, wenn dieses verlagert, sich großen Schwierigkeiten gegenüber sehen, die seine Lehr- und Erziehungstätigkeit unter Umständen sehr zu hemmen vermögen. Beispiele hierfür flogen gerade aus der Nachkriegszeit, wo vielfach veraltete Lehrbücher mit in Kauf genommen werden mußten, zur Genüge vor.

Man sollte eigentlich meinen, daß heute — im achten Jahr der Republik — diese Uebergangszeit längst vorüber sei und brauchbare Lehrbücher für alle Zweige der Wissenschaft zur Verfügung ständen. Leider ist dem nicht so, leider gibt es auch heute noch eine Reihe Verleger und Verlagswerte, die nach wie vor „unseren Kaiser“ weiter regieren lassen und von der Republik nichts wissen — wollen. Vor mir liegt ein „Lehrbuch“ von v. Sandens deutscher Sprachlehre für höhere Schulen, bearbeitet von Professor Paul Beer, in sechster Auflage 1924 (1) verlegt bei Ferdinand Hirt in Breslau. Hören wir einige Proben, wie der kleine Sextaner in die Geheimnisse der deutschen Sprache eingeweiht werden soll.

In gelisteter Folge, möglichst ohne jeden inneren Zusammenhang, werden dem ABC-Schüler dudenweise Fragen gestellt, die er zu beantworten hat, auf Seite 15 beispielsweise die folgenden: „Wo hat der Storch sein Nest?“ „Wo sucht unser Kaiser gern seine Erholung?“ „Wo sieht die Rosenwurzel?“ „Wohin reißte sich der Kronprinz bei der Kaiserproklamation?“ „Wohin ziehen die Soldaten auf den Ruf des Kaisers?“ Hat der kleine Schulbub sich durch dieses Fragegewirr glücklich hindurchgearbeitet, so geht es ans Kommosieren. Auf Seite 29 läßt ihm der Befehl entgegen: „Berühme folgende Ausdrücke zu Sätzen und bestimme, wo dabei ein Komma zu setzen ist: Wilhelm der Zweite ist unser Kaiser — Amirscher Müller ist verheiratet — Der nächste Sonntag, der 2. September, ist ein feierlicher Erinnerungstag“ usw. usw.

Aber es kommt noch deutlicher. Auf der folgenden Seite werden einfache Sätze konstruiert, deren erster lautet: „Unser Kaiser heißt Wilhelm.“ Damit der angehende Republikaner möglichst genau über „unseren Kaiser“ informiert werde, werden die Sätze immer länger und die Tendenz wird immer ungewandter. Auf Seite 31 folgt die ganze Lebensgeschichte „unseres Kaisers“, an der der arme Sextaner herumkonstruieren muß, um in die Geheimnisse seiner Vätergeschichte einzudringen. Er soll z. B. folgende Sätze konstruieren: „Unser Kaiser übernahm die Regierung nach dem Tod seines Vaters, des Kaisers Friedrich, im Alter von 29 Jahren.“ „Wilhelm, der zweite Herrscher dieses Namens auf Deutschlands Kaiserthron, stellte weltbewahrenden Blicks neben das gewaltige Landheer zum Schutze des ständig wachsenden Handels eine mächtige Flotte.“ „Der unermüdbar tätige Herrscher“ usw. usw.

Genug des graulichen Spieles. Man merkt die Absicht und wird — nicht verstimmt, sondern lächelnd höchstens. Ist es Selbstverleumdung oder bewußte Absicht? Es hält schwer, heute noch an erstere zu glauben. Auf Seite 19 (S. 25) stehen friblich neben-

ander die Sätze: „Kritische Kinder warten geduldig“ — „Kaiser Wilhelm herrscht“. Ein altes Kind muß jedenfalls die deutsche Republik sein; sonst könnte es nicht geschehen, daß trotz ihres Alters von über sieben Jahren Kaiser Wilhelm noch „herrscht“. Wie lange wird sie es sich noch gefallen lassen, daß ihre Schulfrauen mit derlei verstaubten Requisiten, die längst in die Kumpellammer gehören, behaftet wird? Wie lange soll dieser Unfug, der nachgerade zu einem Skandal ausartet, noch dauern? O du gutmütige deutsche Republik!

## Eine Tanzwoche.

Der neue Stil, der den Kunsttanz unserer Tage beherrscht, hat auch auf den sogenannten Gesellschaftstanz eingewirkt. Selbster der argentinische Rhythmus Tango, in Paris „falsch“ gemacht, die europäischen Tanzböden eroberte, hat sich hier eine Revolution vollzogen. Die verschiedenen Steps — anfangs als „Schiedelänge“ bezeichnet — der Foxtrot, Boston, Charleston bezeichnen die Stufen des Weges. Charakteristisch für den neuen Tanz ist erstens die Freiheit, die er in der schöpferischen Ausgestaltung von Einzelheiten den Tänzenden gewährt, und zweitens die Notwendigkeit, durch gegenseitige Einfühlung in die rhythmische Bewegung sich auf die Intentionen des Tanzpartners harmonisch einzustellen. Also, wenn man will: zugleich Freiheit und Solidarität.

Das Tanzen wird heute ernst genommen. Es ist eine Kunst und fast eine Wissenschaft geworden. Die Ausstellung „Der Tanz“, die die Gesellschaft deutscher Tanzlehrer unter der künstlerischen Leitung von Paul Kürsch und Julius Klein-Schmidt während der letzten Woche in den Räumen der Gesellschaft der Freunde veranstaltete, zeugte von diesem Ernst. An sieben Nachmittagen und Abenden fanden zwischen Tanztees und Gesellschaftstänzen Vorführungen verschiedener Tanz- und Gymnastikschulen, Vorträge, ein Turnier und anderes statt. Alles unterhalten, das meiste lehrreich, einiges mihlungen. Zum Mißlingen rechne ich die historischen Rekonstruktionen alter Tänze, die am Dienstag geselet wurden. Ihnen mangelt jegliches Stillegefühl. Die Königin der Länge, die Menuette, wurde, ungenau und unempfundener, von Kindern und — schredlich zu sagen — in Ballettschulen vorgeführt. Die charakteristische geschraubte Würde, das Pavoneggiando eines Renaissance-tanzes“ kam ebenfalls nicht heraus, obwohl die das historisch richtig gebracht wurden. Erst mit dem Wienerer Walzer begann Leben und stiftliche Eleganz und die modernen Tänze — Tango doble, Boston, Foxtrot, Blues, Tango, Charleston — gaben sehr interessante Bilder. Zu den Riaten der Veranstaltung zählte auch — am Freitagabend — die Aufführung von Voltaire's „Gelebten Frauen“ durch die Schauspielschule des Deutschen Theaters. Nach der meisteinsten instruktiven Vortrag des Prof. Gregori über „Schauspielkunst und Tanz“ hatte man etwas anderes erwartet. Voltaire hat eine ganze Reihe von Stücken geschrieben, die dem Ballet viel näher stehen als dem redbenden Schauspiel. Es wäre lehrreich und dem Charakter der Veranstaltung angemessen gewesen, wenn man eins von diesen gewählt hätte.

Den Mittel- und Gipfelpunkt der Woche bildete ein Langturnier, das am Mittwoch stattfand. Es ging um den Sonderpreis der Ge-

nosenschaft deutscher Tanzlehrer und zeigte in allen drei Klassen zum Teil ganz hervorragende Leistungen. Was die Sonderklasse (in der ruhigen Bewegung des „getretenen“ Tanzes noch mehr als im rötlichen Wirbel) bot, überstieg schon die Grenze des Gesellschaftstanzes und näherte sich dem Kunsttanz. Ramentlich der Charleston des Siegerpaarses Waldmann-Tanemist war in der souveränen Beherrschung und Koordination der Schritte, in der Stilleinheit, in dem harmonischen Gesamteindruck und in dem elegant ausfallenden Schwärzel der Schlußsätze eine Leistung, die sich auf jeder Tanzbühne hätte sehen lassen können.

Diese Tanzwoche — der Name „Ausstellung“ ist irreführend — war ein dankenswertes und im allgemeinen wohlgefundenes Unternehmen. Da der neue Gesellschaftstanz wegen der Freiheit, die er den Tänzern gewährt, leicht in wildwüchtige Hysterie ausartet, ist es von Nutzen, gelegentlich sein eigentliches Wesen in vorbildlicher Form zur Schau zu stellen. Auch andere Fragen, z. B. die sehr aktuelle und wichtige „Tanz und Theater“, könnten hier ihrer Lösung genähert werden. Dringend zu wünschen ist, daß, wie in dieser Woche, so auch in etwaigen späteren, grundsätzlich alles ferngehalten wird, was irgendwie nach „Sport“ riecht. John Schilowski.

Ein deutsches Institut für Zeitungskunde. Dem Hauptauschuss des Landtags machte der Kultusminister am Donnerstag die Mitteilung, die Verhandlungen unter den großen Presseorganisationen zur Errichtung eines deutschen Instituts für Zeitungskunde seien nunmehr so weit gediehen, daß die Begründung der Deutschen Gesellschaft für Zeitungswissenschaft und der Ausbau des an der Universität Berlin bestehenden Seminars zu einem Institut als unmittelbar bevorstehend bezeichnet werden können. Der Minister begrüßte dies um so mehr, als in der Gesellschaft und in dem Institut Vertreter der Wissenschaft, der Presse und der Regierung miteinander arbeiten werden und dieses Zusammenwirken eine geistliche Entwicklung dieses wichtigen Zweiges der Wissenschaft verberge. Im Einvernehmen mit den Presseorganisationen sei als Direktor des neuen Instituts der jetzige Pressereferent des Kulturministeriums, Dr. Mohr in Aussicht genommen, der sich in seiner langjährigen beruflichen und wissenschaftlichen Tätigkeit als ein besonderer Fachmann auf dem Gebiet der Zeitungskunde erwiesen habe.

Lebensgefährliche Erkrankung eines Kays. Die bekannte schweizerische Schriftstellerin Gen Kay ist so schwer erkrankt, daß sündlich mit ihrem Ableben zu rechnen ist.

Professor Meybacher, der Münchener Pflanzenforscher, ist im 83. Lebensjahre gestorben.

Musikanten. Sonntag, den 18. 10 Uhr vorm., finden amüsante Abende im neuen Museum (Fagamon) — Dr. Müller — und im Kaiser-Friedrich-Museum (Italienisches und spanisches Pantomime) — Dr. Birz — statt. Inoffizieller für das neue Museum zu 1 R. und für das Kaiser-Friedrich-Museum zu 60 Pf. sind vor Beginn der Abende am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Rußische Malerei am 3. Mal. In Sommerland werden die alljährlichen Maleremonstrationen in diesem Jahre erst am 3. Mai stattfinden, weil am den 1. Mai das russische Osterfest fällt und Roslau das Zusammenkommen des Malers und Oberfeld für unerschwinglich hält. Immerhin ist ein auffallendes Symptom in der Verfügung zu erkennen, daß man sich gelegentlich der Malerei jeglicher antirevolutionärer Inhalte enthalten möge.

# Die Hintermänner des Kuffreiner Putschs.

## Der Fall Jahnke vor dem Gemeindeforschuss.

Der Gemeindeforschuss beschloß in seiner gestrigen nichtöffentlichen Sitzung von der Vereidigung sämtlicher Zeugen Abstand zu nehmen, soweit sie über die Darlehensangelegenheit Meyer u. Zengen ausgelagt haben. Im übrigen soll die Vereidigung im Einzelfalle vorbehalten bleiben.

In der öffentlichen Nachmittags-Sitzung wurde sodann der amtliche Bericht über das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen im Falle Jahnke entgegengenommen.

Ministerialrat Schönner vom preussischen Innenministerium erstattete folgenden Bericht: Im Oktober 1923 ist von einer amtlichen nichtpreussischen Stelle dem preussischen Ministerium des Innern ein Bericht eines mit Namen nicht genannten Gewährsmannes zugeleitet worden, der, soweit er sich mit Jahnke befaßt, folgendes befaßt:

Am 17. und 18. September 1923 fanden in Berlin Verhandlungen von Organisationsvertretern in der Dessauer Straße 6 (Deutschnationale Freilichtpartei) statt, die einberufen waren auf Betreiben von Major Buchrucker und Jahnke. Major Buchrucker forderte zum Losklopfen auf, ließ aber bei den übrigen Organisationsvertretern auf Mißtrauen. Buchrucker und Jahnke sagten, sie handelten mit Zustimmung von Ludendorff und Hiller. Abg. v. Graefe ist darauf gemeinsam mit Buchrucker und Jahnke nach München gefahren. Ludendorff und Hiller hätten sich jedoch nicht verhalten, sie hätten nicht abgeraten, aber eine abwartende Stellung eingenommen. Als Grund zum Losklopfen hätte Buchrucker die Entlassung der Schwarzen Reichswehr angegeben. Bei einer Fühlungnahme mit dem Landrat von Dewitz in Pommern habe man keine Gegenliebe gefunden. Der Mittelmann sei Oberleutnant Schulz gewesen. Bei den Verhandlungen wurde starkes Mißtrauen gegen Jahnke geäußert. In Jahnke sah man einen Strohhalm des Justizrats Glaz vom Aldeutschen Verband. Jahnke habe sich als nicht orientiert erwiesen und verlag. Bei den oben erwähnten Verhandlungen und später wurden Vereinbarungen für drei Möglichkeiten getroffen: 1. Putsch in Bayern, 2. Putsch der Schwarzen Reichswehr unter Führung von Buchrucker, 3. Ausrufung einer Diktatur Seede. Am 28. September soll die Parole ausgegeben worden sein, im zweiten Falle nicht mitzumachen.

Zu diesem Bericht bemerkt Ministerialrat Schönner: Jahnke war damals noch nicht Abgeordneter und vom Berliner Volksgewaltpräsidium wurden Ermittlungen eingeleitet. Diese ergaben nur, daß es sich um den am 17. Februar 1890 in Gneien geborenen Landwirt Kurt Jahnke handelte. Vor dem Kriege war er in Amerika. Wie verläut, soll er sich während des Krieges in Amerika für Deutschland betätigt haben. Nach dem Kriege von Amerika zurückgekehrt, soll er von Reichsstellen beim Ruhrkampf in leitender Stellung beschäftigt worden sein. Nähere Angaben darüber können von hier nicht gemacht werden:

vorausichtlich wird der damalige Reichsinnenminister zu näherem Aufschluß in der Lage sein.

Die aus Anlaß der Frememörderermittlungen fortgeführten Erhebungen bestätigen, daß Jahnke mit dem Vorsitzenden des Christlichen Eisenbahnerverbandes, Gutschke, mit dem Abg. Behrens und Oberleutnant Schulz im Herbst 1923 mehrfach Besprechungen gehabt hat.

Es verlaute ferner, daß Jahnke tatsächlich auch mit Justizrat Glaz und dem Abg. v. Graefe befaßigt worden ist.

Ueber den Inhalt jener Besprechungen ist näheres nicht ermittelt, wie auch über die Beteiligung Jahnkes an der Organisation der Schwarzen Reichswehr oder am Kuffreiner Putsch polizeilich bisher näheres nicht festgestellt werden konnte. Auf eine Frage des Abg. Dr. Körner (Dsl.) erklärt Ministerialrat Schönner, die nichtpreussische Stelle, die dem Innenministerium den Bericht zugeleitet hat, sei seines Wissens nach keine bayerische Stelle gewesen. Ob der nichtpreussischen Stelle der Gewährsmann bekannt ist, könne er nicht angeben.

Abg. Kiedel (Dem.): Ist Jahnke selbst polizeilich vorgekommen worden?

Ministerialrat Schönner: Nein. Das Ergebnis der ersten Ermittlungen war zu einer Vernehmung nicht ausreichend und vom 27. September 1924 ab war er Abgeordneter und man konnte ihn daher nicht mehr polizeilich laden.

Abg. Kiedel (Dem.): Wie sind die Ermittlungen über seine Tätigkeit in Amerika angestellt worden?

Abg. Koth (Dnat.): Ich beanfahnde diese Frage.

Abg. Kiedel (Dem.): Wie ist von dem damaligen deutschen Botschafter in Amerika Graf Bernstorff weiß.

hat Jahnke über seine Tätigkeit in Amerika hier in Deutschland dauernd vollkommen wahrheitswidrige Behauptungen verbreitet und nur diese Behauptungen sollen dazu geführt haben, daß er während des Ruhrkampfes auch die Unterstützung amtlicher Stellen für gewisse Beidigungen erhielt, die nach Meinung weiser Kreise zum Kuffreiner Putsch geführt haben.

Abg. Koth (Dnat.): Ich beanfahnde die Frage, weil sie nicht zum Beweissthema gehört.

Durch einen Beschluß der Mehrheit des Ausschusses gegen die Rechte wird die Frage des Abg. Kiedel zugelassen.

Ministerialrat Schönner antwortet, daß polizeiliche Ermittlungen hierüber nicht stattgefunden haben. In dem Bericht sei nur gesagt, es verlaute, daß Jahnke sich in Amerika für Deutschland betätigt habe.

Damit ist die öffentliche Sitzung beendet und der Ausschuss legt seine nichtöffentlichen Beratungen fort.

## Die Feststellung im Fall Behrens-Meyer.

Die nichtöffentliche Sitzung mußte mehrere Male unterbrochen werden, da die zwischen dem deutschnationalen Feststellungsantrag und dem Antrag des Berichterstatters bestehenden großen Differenzen ausgeglichen werden sollten. In der Befehlsabstimmung wurde schließlich der abgeänderte Antrag mit 13 gegen eine Stimme angenommen, wobei sich die Deutschnationalen ihre Stellungnahme im Plenum als von der Zustimmung der Fraktion abhängig vorbehalten. In der übernächsten Woche soll in einer nichtöffentlichen Sitzung Beschluß über die Beweisanzüge im Falle Jahnke gefaßt werden.

Der Feststellungsantrag geht davon aus, daß Oberleutnant Schulz im Frühjahr 1924 von dem Vorsitzenden des Zentralverbandes der Landarbeiter, dem Abg. Meyer, für den Verband der Bandvolksgenossenschaften angestellt worden sei, wobei eine Kenntnis von den späteren Anklagen gegen Schulz nicht vorhanden gewesen sei. Es wird festgestellt, daß im Frühjahr 1925 zunächst nur eine Frememörderanklage gegen Schulz vorlag, während die anderen 7 Verbrechen erst längere Zeit nach seiner Verhaftung eingeleitet wurden. Das Darlehen der Vereinigung der Arbeitgeberverbände sei ohne Willen des Vorsitzenden, des Herrn v. Borjig, gegeben worden. Nach der Meinung des Ausschusses glaubte Herr v. Zengen, mit diesem Darlehen und der dafür er-

# Paul Boncour in Berlin.

## Besprechung mit deutschen Sozialdemokraten. — Die östlichen Grenzfragen.

Der ständige Vertreter Frankreichs im Völkerbundsrat und künftige Leiter der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz, der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour, weilte gestern in Berlin, nachdem er in der vergangenen Woche eine Reise durch ganz Polen gemacht hatte, die in der europäischen Presse lebhaft besprochen wurde. Er hatte am Nachmittag im engeren Kreise eine Besprechung mit einigen deutschen Genossen, in der die Probleme der nächsten Zukunft, insbesondere die Fragen, die mit dem Völkerbund zusammenhängen, eingehend und freimütig erörtert wurden. Als bei dieser Gelegenheit, unter Hinweis auf Pressemeldungen des Auslandes, die auch in Deutschland vielfach kommentiert wurden, das Gespräch auf Neuerrichtungen gelenkt wurde, die dem Genossen Paul Boncour in den Mund gelegt worden waren, stellte dieser fest, daß ihm Worte unterstellt worden seien, die er niemals getan habe, und äußerte selbst den Wunsch, daß diese Unrichtigkeiten so bald und deutlich wie möglich klargestellt werden. Paul Boncour erklärte insbesondere:

„Erst jetzt erfahre ich, daß an meine Reise in Polen und an meine dort gehaltenen Reden Schlußfolgerungen geknüpft werden, die schon deshalb hinfällig sind, weil diese Neuerrichtungen vielfach unrichtig wiedergegeben wurden. Meine Reise hatte den Zweck, an Ort und Stelle jene polnischen Probleme zu studieren, zu denen der Völkerbund Stellung zu nehmen hat. Das sind die Danziger Frage, der Wilna-Fälle, die Grenzschwierigkeiten, die bei dem in östlichen Ländern üblichen Grenzschwierigkeiten entstehen können und schließlich die besondere Lage Polens gegenüber dem Problem der Rüstungseinschränkungen, an das wir, wie ich bestimmt hoffe, im nächsten Monat in Genf ernsthaft herangehen werden. Was die Frage des Völkerbundes betrifft, die ich nicht zu behandeln die Absicht hatte, weil es sich nur gegiert, sie in Genf selbst zu behandeln, so habe ich mich darauf beschränkt, in Erwiderung auf eine Begrüßungsrede in der franco-polnischen Sejmgruppe in Warschau zu erklären, daß ich es im Interesse aller Signatarmächte der Locarno-Verträge für wünschenswert halten würde, wenn Polen im Völkerbund vertreten wäre. Das ist in der Tat meine Überzeugung, die sich auf eine längere Erfahrung stützt, die ich durch die Schlichtertätigkeit im Völkerbundsrat gewonnen habe.“

Gewisse Interpretationen, die, wie ich jetzt erfahre, an meine Rede geknüpft worden sind, in der ich auf die internationale Bedeutung der polnischen Armee hingewiesen hatte, wirken etwas belustigend. Der Gedankengang, den ich bei dieser Gelegenheit ausführte, war folgender: Es gibt jetzt zweierlei Grenzarten; die einen,

die bereits international geregelt und gesichert sind, die anderen, die leider der Wirklichkeit von Verwundungen unterworfen bleiben. Das letztere gilt für Polens Ostgrenzen. Denn die dortigen Grenzen beruhen nicht auf international gesicherten Verträgen, sondern lediglich auf Verträgen, die zwischen den benachbarten Staaten allein geschlossen und bisher nicht in internationaler Form garantiert wurden. Ich sprach dann über die Abrüstungskonferenz, über den Sicherheitspakt und über den Völkerbund. Ich stellte fest, daß Sowjetrußland sich — im Gegensatz zu Deutschland — hartnäckig weigere, dem Völkerbund beizutreten, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen und sich dem internationalen Schiedsgerichtsverfahren anzuschließen. Infolgedessen hört das europäische Friedens- und Sicherheitssystem, das auf den Völkerbund und auf den Locarno-Verträgen begründet ist, an der östlichen Grenze Polens auf. Die west- und mitteleuropäische Zivilisation hat sich in jahrelanger diplomatischer Arbeit dieses Friedenssystems geschaffen und es liegt nicht an ihr, daß es nicht noch weiter ausgedehnt werde. Wenn ich also die Ostgrenze Polens als die Grenze dieser Friedensorganisation bezeichnen muß, so stelle ich damit nur eine Tatsache fest — eine Tatsache, die bedauerlich ist, aber an der wir nicht schuld sind, sondern ausschließlich diejenigen, die auf die wiederholt an sie gerichteten Aufforderungen, an der Friedensorganisation aller übrigen europäischen Völker teilzunehmen, nur abshnende und zum Teil prozezierende betedigende Antworten erteilen.

Auf meiner 3000 Kilometer langen Reise kreuz und quer durch Polen war ich auch bis zu einer Brücke gekommen, die die Grenze zwischen Polen und Rußland bildet, und hatte dort eine polnische und eine sowjetrußische Schildwache gesehen. Von dem Gedanken ausgehend, den ich soeben entwickelt habe, habe ich diese Schildwache

als Symbol einer tatsächlichen Lage

genommen und erklärt, daß der polnische Soldat eine Mission zum Schutze der gesamten für den Frieden organisierten europäischen Zivilisation zu erfüllen habe. Diese Meinung halte ich natürlich aufrecht, denn sie stellt lediglich eine Tatsache fest, an der allein die scharfe Ablehnungspolitik Sowjetrußlands gegenüber dem Völkerbund schuld ist. Und es braucht nach dem Vorhergesagten nicht besonders betont zu werden, daß diese Neuerrichtung sich in keiner Weise gegen Deutschland richten konnte, das nach dem Abschluß des Paktes von Locarno und durch seine grundsätzlich erklärte Bereitwilligkeit, dem Völkerbund beizutreten, in den Augen aller Mitglieder des Völkerbundes schon jetzt integrierender Bestandteil der großen europäischen Friedensorganisation ist.“

## Warschau—Prag—Wien.

### Strzynski's Verträge mit Bened.

Prag, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Der polnische Außenminister ist am Mittwoch abend nach einem zweitägigen Aufenthalt in Prag nach Wien weitergereist. Er hatte in der Hauptstadt der Tschechoslowakei mit den verschiedensten politischen Persönlichkeiten Aussprachen über die verschiedensten Probleme. Das praktische Ergebnis der Reise ist ein Austausch der Ratifikationsurkunden des tschechisch-polnischen Schiedsvertrages, sowie der Urkunden der zwischen Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossenen Verträge über juristische und finanzielle Fragen. Der Schiedsvertrag gehört in den Rahmen jener Verträge, die die Tschechoslowakei zum Zwecke der Erledigung von Differenzen im Wege der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit mit den europäischen Staaten abschließt. Der Vertrag über juristische und finanzielle Fragen, der am 20. April in Kraft tritt, löst eine Reihe von jetzt strittigen Fragen und regelt verschiedene aus der Teilung des Tschechen Gebiets sich ergebende Rechtsfragen, sowie Fragen der Staatsbürgererschaft und des Winderheiten-schutzes. Vor der Abreise des polnischen Außenministers wurde außerdem ein polnisch-tschechisches Flugabkommen unterzeichnet. Die polnisch-tschechischen Handelsvertragsverhandlungen sollen soweit geblieben sein, daß der sofortige Abschluß möglich ist.

### Strzynski in Wien.

Am gestrigen Donnerstag ist Strzynski in Wien eingetroffen und dort um so freundlicher aufgenommen worden, als längst bekannt ist, daß Polen nicht beabsichtigt, Deutschösterreich die Heimkehr ins Reich zu verwehren. — In Wien wird jetzt der Schiedsvertrag mit Polen unterzeichnet.

## Rußland annektiert.

### Polargebiete nördlich Sowjetrußland.

Moskau, 15. April. (Mitteilung der Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union.) Das Präsidium des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion beschloß, alle bereits entdeckten Länder und Inseln, sowie Gebiete, die noch entdeckt werden und die im Augenblick der Veröffentlichung dieses Dekrets keinen durch die Regierung der Sowjetunion anerkannten Bestandteil irgendwelcher ausländischer Staaten bilden, als sowjetrußisches Gebiet zu erklären. Dieser Beschluß bezieht sich auf Gebiete, die im nördlichen Eismeer nördlich der Küste der Sowjetunion bis zum Nordpol liegen, und zwar innerhalb des Meridians 32 Grad 4 Minuten 35 Sekunden östlicher Länge von Greenwich, der an der Ostseite der Balda-Bucht entlang über Kap Returski verläuft, und des Meridians 168 Grad 49 Minuten 30 Sekunden westlicher Länge von Greenwich der die Diomedes-Inseln Ratmanoff und Krusenstern in der Behringsstraße trennt.

## Die Kämpfe vor Peking.

### Rückzug der Nationaltruppen.

Peking, 15. April. (B.Z.) Eine Brigade der Nationalarmee hat sich heute nachmittag ergeben, nachdem die Widerstandskräfte der Verteidigung in der Gegend von Lungshu gebrochen war. Die Nationaltruppen wandten sich in der Richtung auf Peking vor. Die Nationalarmee und tamen im Innern der Stadt demoralisiert an. Aufschunglin übergab hierauf Bengtschischen die Kontrolle über die Stadt. Dieser letzte den Führer der allierten Truppen in einem Telegramm die Lage auseinander und erklärte, es sei unter den gegebenen Verhältnissen zwecklos, die Stadt zu belagern.

Der internationale Kongress für moralische Erziehung, der in Rom stattfinden sollte, wurde bis auf weiteres vertagt.

teisten Quittung Einfluß auf den Landarbeiterverband gewinnen zu können. Das Darlehen wurde bei seiner Fälligkeit nicht sofort zurückgezahlt, sondern auf Veranlassung des Abg. Behrens an den Abg. Meyer weitergeleitet. Hier stellte der Ausschuss fest, daß weder Behrens noch Meyer die sachliche Berechtigung dieser Weiterleitung geprüft haben, obwohl in der damaligen Zeit mehrfach wegen der Rückzahlung des Darlehens angemahnt worden sei. Die Rückzahlung sei erst nach der inzwischen eingetretenen öffentlichen Erörterung der Angelegenheit erfolgt. Das Darlehen und die weiter von ihm gesammelten Geldbeträge habe der Abg. Meyer für den Untersuchungsgegenstand Schulz verwendet; eine Verwendung für einen Fluchtversuch sei nicht festgestellt. In dem bisherigen Untersuchungsergebnisse seien auch andere Beziehungen zwischen der Arbeitgebervereinigung, den genannten deutschnationalen Abgeordneten und Frememördern oder Frememörderverdächtigen nicht festgestellt worden.

Die entscheidende Stelle im Beschluß hat folgenden Wortlaut: „Die Hingabe des Geldes an Meyer (für Schulz) erfolgte auf dessen Behauptung hin, daß Herr von Zengen ihm das Geld zur Unterstüßung des in Untersuchungsbefindlichen Oberverwaltungs a. D. Schulz zugelegt habe. Tatsächlich war dies nicht der Fall. Weder Behrens noch Meyer haben bei Weitergabe des Geldes an Meyer die Frage geprüft, ob diese Weitergabe des Darlehens an Meyer sachlich berechtigt war und dem Willen des Darlehensgebers entsprach. Insbesondere haben beide es unterlassen, sich bei Herrn von Zengen in dieser Hinsicht zu erkundigen. Für eine solche Erkundigung lag deshalb Anlaß vor, weil Herr v. Zengele fest bei seiner Ansicht verharrete, daß das Darlehen der Verforgungsstelle und nicht Herrn Meyer gegeben sei und weil ferner Herr von Zengen kurz vor oder nach der Auszahlung des Geldes an Meyer mehrfach persönlich und durch seinen Mitarbeiter Herrn v. d. Linde die Rückzahlung des Darlehens angemahnt hatte. Meyer hätte seine Berechtigung zur Erhebung des Darlehens, so sehr er auch persönlich von ihr überzeugt gewesen ist, trotzdem auch deshalb nachprüfen müssen, weil Herr von Zengen ein früheres Darlehensgesuch des Meyer für Schulz im Mai 1925 ausdrücklich mit der Begründung zurückgewiesen hatte, daß die Arbeitgebervereinigung für diesen Zweck kein Geld hergeben könne.“

Weiter heißt es: „Der Abgeordnete Meyer hat das Darlehen auch dann noch behalten, als ihm im November 1925 infolge einer Unterredung mit Herrn von Zengen nunmehr absolut klar sein mußte, daß seine Annahme über den Zweck des Darlehens irrig war. Der Abg. Meyer ist über diese Unterredung infolge seiner Weigerung, vor dem Ausschuss weiter zu erscheinen, nicht vernommen worden. Der Abg. Behrens hat die Weitergabe des Darlehens an Meyer in einem von ihm unterzeichneten Rundschreiben an die Mitglieder des Zd. vom 19. Dezember 1925 über die Angelegenheit nicht erwähnt.“

Es wird dann festgestellt, daß Meyer einen Teil des unrechtmäßig für Schulz erhobenen Geldes bis heute nicht zurückgezahlt hat.

Vor ein paar Tagen gab der Christliche Zentralverband der Landarbeiter bekannt, daß die Abgeordneten Meyer und Behrens ihre Vorstandämter wieder angetreten haben, weil sich ihr Verhalten in der Angelegenheit des für den Frememörder Schulz verwandten 5000-Mark-Darlehens der Arbeitgeberverbände als einwandfrei erwiesen habe. Selbst der volksparteiliche Abgeordnete Eichhoff nannte im Untersuchungsausschuss diesen Beschluß übereilt und bedauerte ihn, weil man erst hätte abwarten sollen, zu welchen Ergebnissen der Ausschuss kommen würde. Die in diesen Worten liegende Voraussetzung, daß das Ergebnis des Ausschusses für die Abgeordneten Meyer und Behrens weit weniger ehrenvoll sein würde als die Erklärung ihres Verbandes, hat sich am Donnerstag erfüllt. Beachtenswert ist, daß die Feststellung des Ausschusses so gut wie einstimmig getroffen wurde — gegen die einzige Stimme des kommunistischen Vertreters, dem die Feststellungen nicht weit genug gingen, aber mit den Stimmen der vier Deutschnationalen, die damit diesem Ratum gegen ihre Partei- und Fraktionskollegen zugestimmt haben.

# Massenprotest der Angestellten.

## Gegen den Raub der Sonntagsruhe.

Der Zentralverband der Angestellten hatte zu gestern abend nach dem Lehrereinstreik eine öffentliche Versammlung einberufen, um gegen die beabsichtigte Beseitigung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu protestieren. Der große Saal des Lehrereinstreikhauses erwies sich als zu klein, um alle Erschienenen aufnehmen zu können, so daß leider viele wieder umkehren mußten.

Geselle Udo, Mitglied des Hauptvorstandes des ZVdA, ging eingangs seines Referates kurz auf die Sonntagsarbeit der Angestellten in der Vorkriegszeit ein, die erst durch Verordnung vom 5. Februar 1919

nach der Revolution vollständig beseitigt wurde. Der Gesetzgeber hatte unzweifelhaft die Absicht, keine Ausnahmen von der Sonntagsruhe zuzulassen. Die bayerische Regierung war aber, wie schon so oft, die erste, die sich durch ihre Verordnung vom 17. August 1921 über die reichsgesetzliche Verordnung der Sonntagsruhe hinwegsetzte und für Orte mit weniger als zehntausend Einwohnern für 24 Sonntage im Jahre Sonntagsarbeit bis zu drei Stunden zuließ. Das Reichsarbeitsministerium hätte nun gegen Bayern energisch vorgehen müssen, es tat aber das Gegenteil und erließ streng vertrauliche Richtlinien, in denen legalisiert wurde, was Bayern getan hatte.

Nachdem nun in Bayern die Sonntagsruhe durchbrochen war, regte es sich auch in Württemberg mit dem Erfolge, daß auch für diesen Bundesstaat Ausnahmen in der Sonntagsruhe zugelassen wurden. Die Reichsregierung legte dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates einen Gesetzentwurf vor, nach dem an 14 Sonntagen im Jahre die Geschäfte im ganzen Reich

drei bis vier Stunden offen gehalten werden könnten. Der Vertreter der Preussischen Regierung betonte damals, daß man damit eine Handhabe schaffen wolle, um gegen Bayern vorgehen zu können. Der bayerische Regierungsvizepräsident war aber gegen jegliche Aufhebung und verteidigte die Ansicht, daß die Öffnung der Geschäfte an nur 14 Sonntagen im Jahre den Bedürfnissen der bayerischen Bevölkerung nicht genüge. Der Sozialpolitische Ausschuss lehnte mit Einschluß des bayerischen Vertreters den Gesetzentwurf ab.

Nunmehr berichtet das Reichsarbeitsministerium ein Arbeiterschutzgesetz vor, das ebenfalls eine Durchbrechung der Sonntagsruhe vorsieht. Der Wirtschaftlichen Vereinigung scheint es aber daran gelegen zu sein, noch vor der Verabschiedung dieses Gesetzes erhebliche Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten des Handelsgewerbes einzuführen. Sie hat unter dem 27. Januar d. J. im Reichstage einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem die Arbeiter und Angestellten des Handelsgewerbes an allen Sonntagen bis zu fünf Stunden beschäftigt werden können. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daraufhin einen Gegenantrag eingebracht, der

die vollständige Sonntagsruhe für das gesamte Reich fordert. Ungeachtet der parlamentarischen Erledigung dieser Anträge gilt es aber, daß die Angestellten endlich die Gefahr erkennen, die ihnen droht, und sich in dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten zusammenschließen. Nur durch den festen gewerkschaftlichen Zusammenschluß aller Angestellten wird es möglich sein, das sich immer frecher gebärende Unternehmertum in die Schranken zu weisen. (Lebhafter Beifall.)

Nach einer sehr regen Diskussion, in der die Ausführungen des Referenten unterstützt wurden, fand folgende Entschließung einstimmige Annahme:

Der von der Wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstag eingebrachte Antrag auf Abschaffung der Sonntagsruhe ist eine Provokation sämtlicher Angestellten, insbesondere der im Handelsgewerbe beschäftigten. Auch das im

Reichsarbeitsministerium vorbereitete Arbeiterschutzgesetz bedroht die sozialen Rechte der Angestellten und erregt berechtigtes Mißtrauen gegen den „Schutz der Arbeit“, wie ihn das Reichsarbeitsministerium ausführt. Gegenüber diesen Angriffen seitens Arbeitgeber und Regierung werden die Angestellten sich zu schützen wissen durch erhöhte Wachsamkeit und Kampfbereitschaft. Die Angestellten haben erkannt, daß eine wirksame Abwehr des Angriffes auf die Sonntagsruhe nur durch solidarischen Zusammenschluß im freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten gewährleistet ist.

Die heute von den kaufmännischen Angestellten Berlins erneut erhobene Forderung auf unbedingte Aufrechterhaltung der Sonntagsruhe bedeutet neben der Forderung des Achtstundentages den selbstverständlichen Anspruch der Angestellten auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben der Gegenwart. Eine aufgeklärte Angestelltenchaft kann und will auf diesen Anspruch nicht verzichten. Hinreichende Freizeit ist die erste Grundlage sozialen Fortschritts. Im Interesse der Volksgesundheit, der beruflichen Erziehung und des kulturellen Aufbaus fordern die Angestellten:

**Fort mit jeder Sonntagsarbeit! Alle Kraft für völlige Sonntagsruhe!**

### Verbandstag der Sattler.

Hamburg, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) In der nicht öffentlichen Sitzung des 3. Verbandstages der Sattler und Tapezierer wurde zu den bevorstehenden Tarifbewegungen Stellung genommen, die u. a. den Ausbau von Bezirksstarifen sowie eines Reichsmanteltarifs fordern. Wert- und Betriebsgemeinschaften werden abgelehnt. Auch soll auf die Bildung von Schlichtungsinstanzen und Tarifämtern hingewirkt werden.

Am vierten Verhandlungstag sprach der Vertreter des ADGB, Spließ über die Sozialpolitik und wirtschaftspolitische Tätigkeit des ADGB. Der interessante Vortrag fand allgemeinen Beifall. Mit großer Mehrheit wurde dann ein Antrag zugestimmt, der zum Ausdruck bringt, daß der Verband sich mit der Tätigkeit des ADGB auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik einverstanden erklärt und sich die Ausführungen des Referenten zu eigen macht.

Anschließend wurde in die Statutenberatung sowie in die Beratung der vorliegenden Anträge eingetreten. Nach längerer Aussprache wurde u. a. eine Erhöhung der Beiträge entsprechend den Vorschlägen der Statutenberatungskommission beschlossen. Die Beiträge bewegen sich zwischen 25 Pf. und 1,20 RM. pro Woche für einen Stundenverdienst von 25 bis 90 Pf. Entsprechend der Erhöhung der Beiträge wurde auch eine Erhöhung der Unterstützungssätze durchgeführt. Die Einführung einer Kurzarbeiter- und Umzugsunterstützung wurde abgelehnt. Die Streikunterstützung wurde nach der Vorlage des Verbandsvorstandes angenommen. Die neuen Beiträge sollen mit dem 15. Mai, die neuen Unterstützungssätze mit dem 15. November in Kraft gesetzt werden.

Eine heftige Debatte entwickelte sich, als die vorgeschlagenen organisatorischen Änderungen der Verbandsleitung beraten wurden, nach deren Annahme der kommunistisch eingestellte Verbandsausschuss als erledigt gelten muß. Die kommunistischen Delegierten aus Offenbach wehrten sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Änderung. Sie erklärten, daß das ein Sonderrecht gegen Kommunisten sei. Sowohl vom Verbandsvorstand als auch von einigen anderen Rednern wurde zum Ausdruck gebracht, daß davon nicht die Rede sein könne, daß vielmehr durch diese Änderung das demokratische Prinzip in der Organisation mehr zum Durchbruch kommen soll. Demgemäß wurde sodann beschlossen, daß die Verbandsleitung sich aus dem geschäftsführenden Hauptvorstand und dem erweiterten Vorstand zusammensetzt.

Der geschäftsführende Vorstand zählt 8 Mitglieder, von denen die Beisitzer durch die Berliner Verwaltungsstelle gestellt werden. Der erweiterte Vorstand wird durch Urwahlen in den einzelnen Gauen gewählt. Er besteht aus 9 Mitgliedern, so daß die Gesamtvorstandsleitung aus 17 Mitgliedern zusammengesetzt ist. Damit ist der bisher bestehende Ausschuss, der seinen Sitz in Offenbach hatte, fortgefallen. Die Rechte des früheren Ausschusses gehen an den erweiterten Vorstand über.

Dann wurde die Neuwahl des Verbandsvorstandes vorgenommen. Mit großer Mehrheit und gegen die Stimmen der kommunistischen Delegierten wurden die bisherigen Mitglieder des Verbandsvorstandes wiedergewählt und ferner als Beisitzer die von den Berliner Delegierten vorgeschlagenen Kandidaten. Damit war der Verbandstag am Schluß seiner Tagung angelangt.

### Baldwin greift in den Bergbaukonflikt ein.

#### Smith und Cook nach Brüssel abgereist.

London, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Ministerpräsident Baldwin hat am Donnerstag in die Kohlenkrise eingegriffen. Seine erste Bepflegung mit den Bergarbeitern hatte zunächst jedoch nur rein informativen Charakter. Die Bergarbeiterführer haben bei dieser Gelegenheit die Situation dahingehend charakterisiert, daß nach ihrer Auffassung die Verhandlungen auf einen toten Punkt angelangt sind. Als einziges neues Moment ist festzustellen, daß der Ministerpräsident in Übereinstimmung mit dem Bericht der Kohlenkommission sich gegen die Forderungen der Unternehmer nach bezirksweiser Regelung der Löhne der Bergarbeiter entschieden zu haben scheint. Wenn auch diese Frage gegenwärtig im Vordergrund steht, so ist doch nach übereinstimmender Auffassung die ernsteste Schwierigkeit weder in dieser Frage, noch in der über die Arbeitszeitregelung, sondern in den Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Lohnhöhe zu erwarten. Als Ergebnis der Bemühungen der Regierung dürfte eine neue Zusammenkunft zwischen den Unternehmern und den Bergarbeitern am kommenden Dienstag oder Mittwoch stattfinden. Die Unternehmer haben am Donnerstag die Anweisungen auf Ablauf des gegenseitigen Lohnabkommens zum 1. Mai in die Bergbaubezirke verandt.

Da sich nach der Unterredung mit Baldwin gezeigt hatte, daß bis nächsten Dienstag keine weitere Entwicklung in der Kohlenfrage in London zu erwarten ist, haben der Sekretär der Bergarbeiter Cook und der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Smith am Donnerstag nachmittag London verlassen, um an den Bepflegungen der Internationale der Bergarbeiter in Brüssel teilzunehmen.

### Die Bergarbeiterinternationale berät.

Brüssel, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Internationale Bergarbeiter-Komitee setzte am Donnerstag seine Beratungen fort. Von den Engländern waren inzwischen der Kassierer des englischen Bergarbeiterverbandes Richardson eingetroffen, der über die Lage in England einen ausführlichen Bericht erstattete. Die sachlichen Beratungen über die durch die Internationale zu leistende Unterstützungssaktion wurden bis Freitag ausgelegt, da die englischen Delegierten bestimmt am Donnerstag abend ankommen.

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Kurt Gattmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Familien: R. A. Böcher; Schulen und Kindergärten: Anna Rastbach; Anzeigen: Th. Klose; sämtlich in Berlin; Berlin: Hermann-Brosch G. m. b. H. Berlin; Druck: Hermann-Brosch-Verlag und Verlagsanstalt Gust. Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1, Stern 1, Telefon 2400.

## Musikaufträge

übernimmt man nur dem Nachweis bei Deutsch-Musikerverbandes, Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Königsplatz 4310, 4048), Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

# A. WERTHEIM

Leipziger Platz Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

# Billions Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbl. Artikel können nicht zugesandt werden

- Blatt-Spinat 20 Pf.**  
 Junger Salat 2 Kops 0.25  
 Rhabarber 2 Pfd. 0.35  
 Zwiebeln neue Ägypt. 2 Pfd. 0.25  
 Malta-Kartoffeln 2 Pfd. 0.25  
 Schwarzwurzeln 2 Pfd. 0.25

- Dorsche Pfund 10 Pf.**  
 Bratschollen mit großer Pfd. 0.22  
 Seelachs ohne Kopf, ganze Pfd. 0.14  
 Kabeljau ohne Kopf, ganze Pfd. 0.18  
 Lebende Karpfen Pfd. 1.00  
 Lebende Aale Pfd. 1.75 1.95

- Jg. Tauben 88 Pf.**  
 Suppenhähne und Hühner, Pfd. 1.15 an  
 Hirsch-Ragout Pfd. 0.45  
 Hirsch-Blätter Pfd. 0.95  
 Hirsch-Keulen Pfd. 1.45

- Kaffee eigene Rösterei Konsum-Nachung, Pfd. 2.20**  
 Haushalt-Misch. Pfd. 2.60  
 Sonder-Mischung Pfd. 3.00  
 Olympia-Mischung Pfd. 3.40  
 Globus-Mischung Pfd. 3.80  
 Residenz-Misch. Pfd. 4.20  
 Elite-Mischung Pfd. 4.60

- Zitronen Dutz. 35 Pf.**  
 Apfelsinen Dtz. 0.78, 0.58 0.38  
 Blut-Orangen Dutzend 0.95, 0.75 0.55  
 Kaliforn. Aepfel Pfd. 0.45  
 Kiste ca. 45 Pfund brutto 15.75  
 EG-u. Kochäpfel Pfd. 0.20  
 Ananas trielches Pfd. 0.95

- Bücklinge 20 Pf.**  
 Seelachs in Stücken, gebrüchert, Pfd. 0.45  
 Fludern pommerische, gebrüchert, Pfd. 0.38  
 Sprotten echte Pfd. 0.52  
 Vollbücklinge feine, Pfd. 0.58  
 Aalegerbäck, Pfd. 2.45 2.80

- Dän. Tafelbutter 1.98**  
 Naturbutter 1/2 Pfd.-Paket 0.90  
 Molkereibutter Pfd.-Paket 0.95  
 Margarine Pfd. 0.56  
 Kokosfett 1 Pfund-Tafel 0.68

- Kuchen (Sireurell), Stück 35 Pf.**  
 Bienenstich Pfd. 0.45  
 Brezel Pfd. 0.50  
 Mandelkränze Pfd. 0.50  
 Bismarckkränze Pfd. 0.50  
 Apfelstrudel Pfd. 0.50  
 Mohnstangen Pfd. 0.50

- Bosn. Pflaumen Pfund 32 Pf.**  
 Reis Bruch Pfd. 0.18  
 Weizenmehl Pfd. 0.22  
 Haferflocken Pfd. 0.24  
 Schokolade 200 Gr.-Tafel 0.45  
 Sandgebäck Pfd. 1.00

- MONDAMIN 225 Gr. Paket 0.39**  
 Backpulver Btl. 0.08  
 Puddingpulver Paket 0.08 u. 0.12  
 Feinkost-Pudding Schachtel 0.25  
 Vanille-Zucker Paket 0.06  
 Soßenpulver Paket 0.07

- Konserven**  
 Junger Spinat Dose 1/2 0.45  
 Karotten geschnit. 1/2 Dose 0.24  
 Stangen-Brechbohnen 0.65  
 Sellerie in Scheiben 0.58  
 Junge Erbsen mittel klein 0.75  
 feln, 1/2 Dose 1.05 sehr fein 1.45  
 Gemischtes Gemüse mittel klein 0.95  
 Stangenspargel Dose 1/2 extra stark 1.50 2.90

- Konfitüren 2 Pfd.-Eimer Pflaumen 85 Pf. Erabeer Aprikosen 1.15**  
**Wein**  
 Preise für 1/2 Flasche einschließl. Berliner Getränkesteuer, ohne Glas  
 Ronetten-Apfelwein badischer, naturrein 0.50  
 1924 Nitteler Gipfel pikanter Tischmosel 0.80  
 1922 Oppenheimer mild 0.95  
 1922 Rüdeshheimer Berg raszig, blumig 1.40  
 1924 Liebraumlich lieblich, buktelreich 1.50  
 1922 Piesport Falkenb. spritzig, pikant 1.60

- Wein vom Faß**  
 Feiner Apfelwein Pfd. 0.50  
 1924 Wellener Riesling Bowienmosel 0.90  
 1921 Neumagener Engelgrube Wachsam L. a. n. m. e. m. e. r. fein entwickelter Mosel 2.00  
 Lagrimas Christi Goldmalaga, edels 1.80  
 Kirschsafft mit la Raffinade eingekocht, 1/2 Pfd. 0.80 1/2 Pfd. 1.40  
 Himbeersafft fein, mit la Raffinade 1/2 Pfd. 0.85 1/2 Pfd. 1.50  
 Wagners Saar-Edelkristall teiner Saarekt 4.00

## Frisches Fleisch

- Suppenfleisch Pfd. 70 Pf.**  
**Kalbskamm u. Brust Pfd. 75 Pf.**  
**Kalbsnierenbraten Pfd. 80 Pf.**  
**Kalbskeule ganz und geteilt Pfd. 90 Pf.**  
**Schmorfleisch mit Knochen Pfd. 90 Pf.**  
**Schweinebauch und Rücken m. Dige. Pfd. 1.05**  
**Liesen Pfd. 85 Pf. Gehacktes Pfd. 70 Pf.**  
**Rinderkamm u. Brust getr. Pfd. 55 Pf.**

- Rotwurst Pfund 1.15**  
 Landleberwurst Pfd. 1.15  
 Grobe Mettwurst Pfd. 1.30  
 Mortadella Pfd. 1.30  
 Jagdwurst Pfd. 1.50  
 Mettwurst Braunschweig, Art. Pfd. 1.50  
 Fleischwurst Pfd. 1.55

- Rosenhaler Str. Köpflstr. Moritzplatz**  
 Dampf- u. Speckwurst Pfd. 1.00  
 Polnische u. Jagdw. Pfd. 1.30  
**Romatour Stück 20 Pf.**  
 Kuhkäse Pfd. 0.25  
 Brikkäse Pfd. 0.55  
 Camembert Kart. 6 Port. 0.55  
 Allgauer Stangen Pfd. 0.55

- Nußschinken 2.10**  
 ca. 2 Pfd. schwer, Pfd.  
 Filetwurst Pfd. 1.55  
 Hildesheimer Pfd. 1.65  
 Feine Leberwurst Pfd. 1.65  
 Zervelatwurst holst. Pfd. 1.80  
 Sala niwurst holst. Pfd. 1.80  
 Schinkenspeck Pfd.-Stück 1.90

## Abt. Frische Blumen

Leipziger Platz

- Haushalt-Artikel**  
 Weiße Wachsseife St. 0.23  
 Oberschälseife ca. 250 Gr. Stück 0.25  
 Palmölseife ca. 200 Gramm 2 Stück 0.55  
 Kernseife ca. 200 Gramm 3 Driegel 0.50  
 Kernseife ca. 400 Gr., Stück 0.33  
 Elalölseife Dose ca. 2 Pfd. 0.90  
 Silberseife Dose ca. 2 Pfd. 0.90  
**Netz-Wischlucher** Solange Vorrat Stück 20 Pf.

- Grüne Seife Dose ca. 2 Pfd. 0.80  
 Feinsoda 2-Pfund-Paket 0.13  
 Palmölseife Karton ca. 1/2 Pfd. 0.30  
 Hoffmann-Stärke ca. 1/2 Pfd. 0.50  
 Bohnenmasse Pfd. 0.50  
 Stahlpäne Paket ca. 200 Gr. 0.30  
 Billzbank Paket ca. 1 Pfund 3 Pakete 0.25  
 Zündhölzer Pfd. 0.18

- Wildes Wein Pfd. 80 Pf. u. 1 M**  
 Stiefmütterchen Pfd. 0.10  
 Vergißmeinnicht Pfd. 0.10  
 Gartenveilchen Pfd. 0.30  
 Blütenstauben Pfd. 0.40 u. 0.75  
**Blühend. Hyazinthen Topf 35 Stück 95 Pf.**  
 Gladiolen Pfd. 0.15  
 Dahlien Pfd. 0.40 u. 0.60  
 Efeu Topf 1.15  
 Kakteen Topf 0.35 u.

# Stadtverordnetenbeschlüsse zur Erwerbslosennot

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte sich gestern wieder mit der Frage besonderer Maßnahmen für Erwerbslose zu beschäftigen. Die Forderung der Kommunisten, daß für Erwerbslosenversammlungen die Stadt unentgeltlich Räume bereitstellen soll, wurde auch von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützt. Aber unsere Redner Genosse Kager und Genosse Heilmann betonten, daß selbstverständlich die Gewerkschaften die gegebene Vertretung auch der zurzeit arbeitslosen Arbeiter sind. Als die Bedingung, der Antrag auf Hergabe solcher Räume müsse von den Gewerkschaften ausgehen, eingefügt worden war, verloren die Kommunisten den Geschmack an der Sache. In der Schlußabstimmung boten sie das Schauspiel, daß sie dem Antrag auf unentgeltliche Hergabe von Räumen für Erwerbslosenversammlungen jetzt die Unterstützung versagten. Der Haß gegen die Gewerkschaften hatte die Kommunisten blind gemacht, aber sie konnten den Beschluß nicht verhindern. Nachher gab es eine größere Debatte über mehrere aus dem Ausschuß zurückkommende kommunistische Anträge für die Erwerbslosen. Den Rednern der rechtsstehenden Fraktionen und auch der kommunistischen Fraktion antwortete unser Genosse Ulrich mit der Feststellung, daß sie in dem Ausschuß ihre von Erwerbslosensympathie triebenden Reden nicht so zum besten gegeben haben, weil dort hinter verschlossenen Türen verhandelt wird und die Öffentlichkeit nichts von den Reden hört. Wer die Rot der Erwerbslosen zu politischen Zwecken ausnützt, werde — sagte der sozialdemokratische Redner — an diesem Treiben zugrundegehen. Es verstand sich von selbst, daß die sozialdemokratische Fraktion für die vom Ausschuß vorgeschlagenen Beschlüsse stimmte. Die Abstimmung ergab Beschlüsse auf Gewährung von Sonderbeihilfen bei länger als 13 Wochen dauernder Erwerbslosigkeit, auf Nichtanrechnung der Kriegskosten bei Erwerbslosenerwerbsunterstützung, auf Zahlung von Mietbeihilfe auch an Unterstützungsempfänger ohne eigene Wohnung. Diesen Beschlüssen wird hoffentlich der Magistrat zustimmen.

Die gestern abgehaltene Sitzung der Stadtverordneten wurde vom Vorsitzenden, Genossen Kager, erst um 10 Uhr eröffnet. Von den Sozialdemokraten und den Kommunisten war ein Dringlichkeitsantrag eingegangen, den Magistrat zu ersuchen, den städtischen Arbeitern und Angestellten, die

## den 1. Mai feiern

wollten, den dazu benötigten Urlaub zu beantragen. (Sachen bei den Deutschnationalen.) Die Kommunisten beantragten dringlich, dem Kartellverband für Arbeiterport und Körperpflege zur Durchführung einer Arbeiterparade am 1. Mai 1926 15.000 M. zu bewilligen. Beiden Anträgen wurde von der Mehrheit der Dringlichkeit entsagt. Im Rahmen der Tagesordnung kam dann zunächst eine Anfrage der SPD, wegen der

## Steuerunterstützungen der Stadtkassen Schulz und Gehardt

in den Bezirksamtern Kreuzberg und Mitte zur Besprechung. Nach der Begründung durch Stadtkassenrat Gehardt gab sich Stadtkassenrat Schulz dem Deutschnationalen alle Mühe, die Deutschnationalen als den Einkassierten zugehörig hinzustellen. Genosse Kager protestierte namens unserer Partei gegen die Umartung und betonte, daß die beiden Beamten ebenso wie der Steuerbeamte im Bezirk durchaus sozialdemokratische Leute sind. Allerdings sei der Bezirksbürgermeister Sozialdemokrat, das scheint der Grund für die Angriffe der Deutschnationalen zu sein. Eine längere Debatte rief die Anfrage der Zentrumsfraktion wegen der

## Verhandlung des Opernhausplatzes

und der Front der Hedwigstraße durch den Umbau des Opernhauses hervor. Stadtkassenrat Wuhl gab im Austrage des Magistrats zu, daß natürlich über die ästhetische und städtebauliche Seite der Frage getritten werden könne. Ueber allen Bedenken stände aber die Notwendigkeit der Sorge für die Sicherheit der Opernhausbesucher und des Personals. — Die Kommunisten hatten beantragt, den Erwerbslosen Schulräume zu Versammlungen unentgeltlich zu überlassen. Im Rahmen der sozialdemo-

kratischen Fraktion sprach Genosse Kager. Er betonte, daß die Sozialdemokraten

die Gewerkschaften als die berufenen Vertreter der Erwerbslosen betrachten und daß deshalb unsere Fraktion den Zuschlag stellen, daß die Anträge auf kostenlose Überlassung der Schulräume von den Gewerkschaften ausgehen müßten, wenn sie Berücksichtigung finden sollen. Der Redner der Kommunisten erwiderte, daß die Sozialdemokraten die Gewerkschaften als Vertreter der Erwerbslosen betrachten. Unser Genosse Heilmann sagte dem kommunistischen Redner auf gewerkschaftlichem Gebiet, daß die Sozialdemokratie grundsätzlich auf dem erwähnten Standpunkt stehe und nicht davon abzugehen gedente. Die kommunistischen „Erwerbslosensympathisanten“ brachten es fertig, mit den Deutschnationalen gemeinsam für eine nochmalige Rückverweisung an den Ausschuß zu stimmen, d. h. die Sache zu verschleppen. Erst unsere Fraktion ermöglichte durch ihre Zustimmung zu dem Antrag die schnelle Erledigung. Der Erwerbslosenausschuß hatte der Versammlung empfohlen, zu beschließen, die Bezirksamtsämter anzumelden, den Erwerbslosen, die länger als 13 Wochen arbeitslos sind, Sonderbeihilfen zu gewähren, um ihre Existenzmöglichkeit zu sichern. Ebenso sollte die Versammlung beschließen, daß der Magistrat beim Reichsarbeitsministerium vorstellig werden soll, um zu erreichen, daß den arbeitslos gewordenen Kriegssoldaten nicht mehr die Renten auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden.

Die Aussprache darüber war sehr lebhaft, namentlich, als die Deutschnationalen ihren Renommierarbeiter vorschickten, der von den Kommunisten mit Jurken reichlich bedacht wurde. Genosse Ulrich sagte den Herrschaften von rechts und links einige bittere Wahrheiten. Er hielt ihnen vor, daß sie überall da versagen, wo den Erwerbslosen wirklich geholfen werden kann. Sie bekümmern sich nur erst dann um die Erwerbslosen, wenn sie deren Rot agitatorisch auszunutzen können. Auch die Erwerbslosen werden das noch erkennen. Sie werden aber auch erkennen und haben schon gemerkt, daß die sozialdemokratische Fraktion wirklich mit großem Ernst überall da zu finden ist, wo den Erwerbslosen wirklich geholfen werden kann. Genosse Ulrich stellte ausdrücklich fest, daß die Kommunisten ihren Antrag wegen der Forderung der Entlassungspapiere der am Streik beteiligten Rotstandarbeiter in den Reichbergen im Ausschuß zurückgezogen haben, weil sie in direkten Verhandlungen mit dem Bezirksamt Wedding zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen seien. Ulrich machte diese Feststellung deshalb, weil die Kommunisten mit dieser Angelegenheit immer noch auf den Dummensang gehen. Als Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses und Berichterstatter erklärte Genosse Heilmann im Schlußwort, daß, entgegen den Planverhandlungen, die Ausschussmitglieder immer sachlich verhalten; er bot um Annahme der Ausschussempfehlungen, was denn auch geschah. In den Magistrat wurde in der Erwerbslosenangelegenheit ferner noch das Ersuchen gerichtet, die Bezirksamtsämter anzumelden, auch den unvertehrten Erwerbslosen Mietbeihilfen zu gewähren.

## Ein kommunistisches Manöver!

Von der Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege wird uns geschrieben: Die ZK hat ihren Verbänden empfohlen, sich an der Reichsgesundheitswoche in würdiger Form zu beteiligen unter Beobachtung der für das Zusammenwirken mit bürgerlichen Verbänden bestehenden Richtlinien. Die Verbände haben in diesem Sinne gehandelt. Eine Ausnahme davon macht wieder einmal der Berliner Kartellverband, der unter kommunistischem Einfluß steht. Er hat den kindlich ammutenden Einfall gehabt, die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und einige andere zu den Kommunisten im Gegensatz stehende Organisationen in seine Gefolgschaft bringen zu wollen, um sie für eine kommunistische Gegendemonstration zu mißbrauchen. Dabei mußte man vorher wissen, daß die genannten Organisationen es ablehnen würden, sich mißbrauchen zu lassen. Es hat den Anschein, als ob die Einladung nur aus dem Grund erfolgt sei, um sich für die Heranziehung der kommunistischen Organisationen einen Freibrief zu verschaffen. Jedenfalls hat die Zentralkommission nicht nur nichts mit diesen Reichschaften zu tun, sondern sie warnt ausdrücklich ihre Anhänger, sich an diesem Mißbrauch der Reichsgesundheitswoche zu beteiligen.

## Unterredung mit Gevatter Storch.

Berlin ist heiß wiederfahren, und zwar gleich an zwei Stellen. In Charlottenburg, auf dem Dachstuhl des Hauses Kaiserdamm 20, ließ sich an einem dieser schönen Abende ein Storch zur Ruhe nieder und verweilte noch dort, als die übermüdeten Besucher des Schotterrennens den anderen Morgen um sechs der Untergrundbahn zu strebten. Die ganze Nacht stand er auf einem Bein und erst bei der aufgehenden Sonne machte er große Morgenstrecke. Der zweite Storch strotzte am Morgen auf der Spielwiese des Schillerparks im Berliner Norden gravitätisch einher. Ein Anblick, der die morgens zur Arbeit gehenden Männer und Jünglinge mit Staunen und heiligem Schrecken erfüllte.

Nach einigen Bemühungen gelang es, eine Unterredung mit Gevatter Storch zu erhalten, der mit lebhaftem Klappern seinen Eindruck über die Steinwüste Berlin mitteilte. Die dringende Bitte, doch mit auf die Redaktion zu kommen, lehnte er leider ab. Er wolle sofort von diesen frohseligen Wiesen abziehen, die Verpflegung haperte sehr, auch sei er kein Redaktionsmailäuer. Bei der furchtbaren Wohnungsnot könne er es dazu nicht verantworten, die Gemüter noch mehr mit Zukunftssorgen zu erfüllen. Auch habe sein Kollege vom Kaiserdamm bereits rechtliche Schwierigkeiten mit dem Wohnungsamt gehabt, denn bei den Einzimmerwohnungen, und wenn sie noch so hoch lägen, kämen gleich die behördlichen Schwierigkeiten, sie seien noch nicht eingetragen und zu beschlagnahmefreien Wohnungen gehöre ein Schiebereinkommen. „Es muß noch vieles besser werden“, klapperte er, „bis ich mich hier als heiliger Vogel fühlen kann.“ Auf die Frage, wohin die Reise ginge, bemerkte er: „Nach Mecklenburg!“ Auf die laie Andeutung, ob er sich vielleicht als schwarzweißer Vogel dort wohler fühle, bemerkte er, daß er international sei und das Reich nicht die Bestimmung mache. Die Augen der „Deutschen Jig.“ hätten ihn umsonst mit Fröschen aus dem Schwerindustriellen Sumpf zu fapern gesucht; er klapperte darauf. Leider ließ er sich nicht länger im Gespräch festhalten, er stolzierte noch einmal auf und ab, häpfte auf einem Bein und segelte dann elegant in die Luft. Den guten Reifenspruch beantwortete er noch, einen Kreis über die Taufische Kolonie am Schillerpark ziehend, mit der lauten Mahnung: „Baut Wohnungen! Baut! Baut! Baut!“

Auch der andere Storch hat Berlin verlassen, so daß der ominöse Storchenspruch leider nur eine schöne Episode geblieben ist.

## Heinrich Storz in Gewahrsam genommen.

Seit mehreren Wochen wird bekanntlich vor dem großen Schöffengericht Berlin-Mitte in der Sache Heinrich Storz verhandelt. Die lange Verhandlungsdauer, die nicht zuletzt durch die Winkelzüge des Angeklagten, der ein schwerer Psychopath ist, selbst verursacht wurde, hat ihn sehr mitgenommen. Er erlitt vor einigen Tagen einen Nervenzusammenbruch, der die Beendigung der Verhandlung in Frage stellt. Innes steht in wenigen Tagen der Schluß der Vernehmung bevor. Storz erklärte aber, daß er verhandlungsunfähig sei. Das Gericht berief deshalb zur geordneten Sitzung ein Konzilium von sechs Ärzten. Während fünf der Sachverständigen sich für die Verhandlungsunfähigkeit Storz aussprachen, erklärte ihn Prof. Dr. Seelert für verhandlungsfähig. Das Gericht machte sich die letztere Ansicht zu eigen und beschloß, den Angeklagten zur unbehinderten Fortführung der Verhandlung in Gewahrsam zu nehmen. In der Begründung führte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kerner aus, daß die auf dem Angeklagten lastende seelische Depression nicht zuletzt durch seine eigene unsachgemäße Lebensweise herbeigeführt worden sei. In der Stichtagszelle des Untersuchungsgefängnisses würde ihm die Möglichkeit geboten werden, unter ärztlicher Überwachung eine sachgemäße Lebensweise zu führen. Als Protest gegen diesen Beschluß des Gerichts legte darauf Storz's Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Juliusburger die Verteidigung nieder. Ganz unabhängig von der Persönlichkeit des Herrn Storz wäre zu dem Beschluß des Gerichts folgendes zu sagen: Vom rechtlichen Standpunkt aus, ist die persönliche Freiheit auch eines Angeklagten ein derart kostbares und durch die Reichsverfassung gewährleistetes Gut, daß die Freiheitsberaubung, die nach § 230 StGB. für ähnliche Fälle vorgesehen wird, nur als äußerstes Mittel angewandt werden darf. Da dieser äußerste Fall hier vorliegt, erscheint zweifelhaft, aber auch psychologisch unholdbar erscheint die Maßregel. Der geringe Appetit und die Schlaflosigkeit des Angeklagten sind wohl nichts anderes als Folgeerscheinungen der durch die Gerichtsver-

# Jamile unter den Zedern.

Von Henri Bordeaux.

(Berechtigter Uebersetzung von S. Kunde.)

Die ganze Volksmasse hatte die Teppiche verlassen und bildete eine weite Runde rings um die Tänzer. Nur die Gruppe des Moslems beendete in Ruhe ihr Spiel, als wäre ihr unsere Feier ganz gleichgültig. Da bemerkte ich, daß Butros einen Plan verfolgte. Er hatte sich gestellt, als läche er über die Beachtung, die seine Schwester dem violetten Kavaliere zuteil werden ließ; aber in seinem Stolz verlor, hatte er sich eine Rache ausgesonnen, und ich sah sie kommen, diese Rache. Mit einer Sicherheit ohnegleichen führte er den Tanz genau der Stelle zu, wo die Beis und Alfa und ihr Gefolge saßen. Die Langsamkeit des Marsches, das scheinbare Zurückweichen bei jedem Schritt konnte irreführen: Der Tanz avancierte trotzdem. Bald mußte Butros als erster auf den Teppich und die Speiseplatte treten. Wirtswart in die Gruppe bringen. Und er verfolgte seinen Plan mit verblüffender Keckheit. Er tat, als gäbe er sich seiner Inspiration hin und vergäbe die Erde. Seine Augen verloren sich in den hohen Zweigen der alten Stämme.

Ich und noch ein anderer hatten ihn verstanden. Während der rote Kavaliere die Brauen runzelte, und in heftigen Zorn auszubrechen drohte, denn Butros Fuß mußte, wenn er sich nicht entfernte, die Früchte seines Desserts zerstampfen, sprang der violette Kavaliere, nachdem er den Blick Jamiles noch einmal gesucht hatte, ohne Hilfe der Hände empor und gab ruhig seinen Dienern den Befehl, die Teppiche und Körbe aufzuheben. Um Raum zu lassen, wich er dann einige Schritte zurück, wie wenn er an unseren Spielen Anteil nähme und sich mit uns vergnügte. Sein Gefährte, den diese Schwäche empörte, wagte trotzdem nicht, ihm Vorhaltungen zu machen. Ich wandte mich nach meiner Verlobten um: auch sie hatte sich Keckheit über die Gefahr gegeben und ich glaubte am Rand ihrer schmalen Lippen ein rasch unterdrücktes Lächeln des Dankes wahrzunehmen.

Butros, der nach seiner Berechnung sein Ziel erreicht zu haben wähnte, war überrascht, daß er nur aus Rasen trat; er ließ sich herbei, niederzublicken. Er war von dem nur allzu leicht errungenen Siege so enttäuscht, daß er den „dable“ jäh abbrechen ließ. Man glaubte ihn müde, ihn, der die Ermüdung nicht konnte. Er hatte mit dem Stolz der Beis von Alfa gerechnet, denn er wollte einen Streit heraufbeschwören. War das Terrain nicht gut gewählt? Konnte

es gebilligt werden, daß Fremdlinge das Fest unter den Zedern störten? Er haite die öffentliche Meinung für sich und durfte ungestraft ihren Zorn entfehlen. Nun aber hatte die Freigiebigkeit des Erbseindes die Gelegenheit zumachte gemacht. Dieses plötzliche Abbrechen des Tanzes verriet außerdem deutlich seine Absicht und der Scheich Raschid-el-Hame, sein Vater, der Zurückhaltung anbefohlen hatte, würde es nicht ruhig hinnehmen, daß man seinem Geheiß zuwiderhandelte. Da rettete Jamile diese peinliche Situation.

Sie sprang in den leeren, von den jungen Männern verlassenen Raum. Diese hatten sich ärgerlich und großend entfernt, weil sie die Verstimmung ihres Führers nicht verstanden. Sie gab den Musikern ein Zeichen, lächelte ihnen zu und begann nach ihrer schwermütigen und eintönigen Kantilene zu tanzen. Sie haben ein junges Mädchen in Bescherre tanzen sehen und Ihre Ueberrasschung nicht verschwiegen, weil ich Ihnen sagte, daß sie nicht würdig sei, Jamiles Waad zu heißen. Das war aber trotzdem die Wahrheit. Wer nicht gesehen hat, wie sie an jenem Tage unter den Zedern tanzte, kann das nicht verstehen. Ihr Bild leuchtet noch in meinen alt gewordenen Augen. Sehen Sie sie nicht darin? Dann sollen meine Worte versuchen, sie Ihnen zu zeigen.

Zu dem langsamen Rhythmus präliederte sie entsprechend. Die Schritte, die sie ausführte, glichen denen des „dable“, nur streifte sie kaum den Rasen und beschädigte ihn nicht; so leicht war sie und schnellte in die Höhe, ohne sich von der Erde abzustößen. Sie tanzte nicht, wie es üblich war, sie schien nur einer inneren Kadenz zu folgen, welche ihr Gesetze vorschrieb. Während des Laufens lösten sich die Kermel ihrer flatternden Tunika und zeigten die weißen, bloßen Arme, deren Schnee mir hätte gehören sollen; sie streckten sich bald gegen die Erde, als wollten sie alle Blumen zu ihr rufen, bald erhoben sie sich über ihren Kopf und machten die Taille schmal, wie die einer Amphora. Jeweilen stürzte ein Sonnenstrahl durch die Zweige, erhobte sie und drückte ihr seine Lichtigkeit auf. Ihr rechtes Handgelenk umspannte das goldene Armband, das ich ihr bei unserer Verlobung gegeben hatte. Und auf der Stirn trug sie auch den Goldreif, der ihre Haare über den Wurzeln festsetzte. Die in langen Zöpfen zusammengehaltene Haarflut floß auf, so daß die Goldschmucke gegeneinander stießen und mit ihrem Geflingel den Triumphmarsch begleiteten. Ihre Züge spannten sich; die physische und geistige Anstrengung machten sie hart, aber der Ambraseint verwandelte sich zu einer Patina von rotem Gold, wie sie der Abend den Steinen Baalbecks ver-

leiht. Die leidenschaftlich erregten Augen hafteten an keinem Objekt; sie folgten einem unbekanntem Traum. Nach und nach aber nahm der Tanz an Geschwindigkeit zu. Sie bewegte sich in Drehungen und Rollen so blühschnell und sicher, daß sie an Seesegel im Sturm erinnerte. Dann unterbrach sie unvermittelt ihren wilden Lauf wie unsere arabischen Kasse, deren Galopp ein leiser Druck der Hand anhält; regungslos stand sie da und es schien, als schwebte sie über der Erde; so gestreckt war ihr Leib und so gestrafft ihre Beine.

Ich erinnerte mich, daß nach der Bibel — aus welcher wir einige Bruchstücke in der Schule zu Antura auswendig lernten — Absalom, König Davids Sohn, auf der Flucht vor seinem Vater schwebend hängen blieb am Zweig eines Baumes, wo ihn Joab, der ihn verfolgte, mit drei Pfeilen durchbohrte. Jamile, die sich in die Luft im Schatten einer der größten Zedern reckte — ihr aufgelöstes Haar war von königlichem Diadem gekrönt — erschien in dieser Versammlung von Zeugen fernster Vergangenheit wie das Symbol der Jugend, der Schönheit und der Liebe. Und in einer seltsamen Ideenverbindung schien sie mir jenem Absalom zu gleichen, der das Entgehen vor dem nahen Tode empfindet. Haben wir nicht Visionen aus der Ferne und konnte ich damals ahnen, daß der Ort ihres Triumphes eines Tages auch der ihrer Qual sein wird?

Die Zuschauer überschütteten sie mit reichem Beifall. Sie zeigte sich unempfindlich dafür und man hätte sie für ein Wesen überirdischer Art halten können, wenn nicht Schweißtropfen aus ihrem Fleisch perlen und ihre Schläfen beneigten, als ob Kinnfallen, welche die Schneeschmelze sprudeln macht. Dieser Schweiß, der ihre Ermattung kundgab, rührte mich, stimmte mich weich. Ich hätte gewünscht, daß sie mir erlaube, ihn abzutrocknen. Um sie zu beglückwünschen, näherte ich mich ihr. Sie sah zu dem violetten Kavaliere hinüber: vielleicht drückte er ihr seine Huldigung für den Tanz aus. Da wandte ich mich sofort von ihr ab.

Aber zu meiner großen Verwunderung schritt ihr Vater auf die Beis von Alfa zu und bewillkommnete sie mit der Höflichkeit eines Grandseigneurs. Ohne Zweifel wollte er mit orientalischer Diplomatie — wir verstehen es, unseren Feinden freundliche Mienen zu zeigen — den schlechten Eindruck vermindern, welchen Butros Drohung hervorgerufen hatte. Omar-Bei-el-Husseini empfing ihn liebenswürdig, um nicht zu sagen, unterwürdig; aber ich habe mir nach der furchtbaren Tragödie, die ich durchlebte, seit langem geschworen, gerecht zu sein.

(Fortsetzung folgt.)



## Das ertrinkende Berlin.

Zum Kampf um das Gemeindebestimmungsrecht.

Motto: Im Becher ertrinken mehr als im Meer.

Während der Kriegsjahre, wo hunderttausend Deutsche an Unterernährung zugrunde gingen, armen Kindern, mitleidenden 25000erinnen Grausen und Grief zugemessen wurde, verbrauchte das Braupital 44 837 978 Zentner Gerste. Im Jahre 1913 war für Wein, Bier, Schnaps eine Anbaufläche von 1 250 000 Hektar erforderlich, d. h. fast soviel wie das gesamte Ackerland von Hessen und Württemberg zusammen. In der Zeit, als die amerikanischen Freunde den Kindern der Deutschen halfen, vertranken die Deutschen 41mal soviel Alkohol, wie jene dem bettelnden deutschen Volke gewöhnten. Die Deutschen vertranken 1924 über 2 Milliarden Mark, d. h. das Zweifelhafte der nationalen Anleihe aus dem Sonderpost, die nur 800 Millionen Mark betrug. Auf dem Münchener Oktoberfest 1922 wurde in drei Tagen soviel Bier getrunken, daß von dem vertrunkenen Gelde 400 Heilmäntel hätten gebaut werden können, gesunde Wohnungen für 2000 Familien. Man bedenke hierbei: daß es in Berlin 24 000 Familien gibt, die nur ein Zimmer haben, daß in diesem einen Zimmer bis zu 11 und mehr Menschen aller Altersstufen und verschiedenen Geschlechts zusammengepfercht wohnen, und daß es in Berlin bei 25 000 bebauten Grundstücken über 11 000 Schönstätten gibt.

Im zweiten Viertel des Rechnungsjahres 1925 (Juli/September) sind in den 15 000 deutschen Brauereien 2 795 860 Zentner Mais verbraucht worden, — fast 50 Proz. mehr als während der gleichen Monate 1924. Daraus wurden 14 159 114 Hektoliter Bier gebraut. — 3,8 Millionen Hektoliter mehr als im zweiten Viertel 1924. Im ersten Halbjahr 1925 wurden 0,7 Millionen Zentner Mais gleich 12½ Millionen Zentner Getreide und 58 444 Zentner Zuckerstoffe vergoren zu 27 160 077 Hektoliter Bier; um etwa die Hälfte mehr als 1924.

Wenn wir die Kampagne gegen das Ueberhandnehmen des Alkoholismus, den Kampf um das Gemeindebestimmungsrecht hiermit unterstützen, so unterschätzen wir nicht die volkswirtschaftliche Bedeutung der Alkoholindustrie und des Gastwirts-gewerbes. Wir wissen auch, was beide auf dem Arbeitsmarkte galten: waren doch 1921 mit der Herstellung von Bier, Wein, Branntwein beschäftigt 70 573 Personen in 5420 Betrieben. Hierzu kommen die Hunderttausende, die im Gastwirts-gewerbe beschäftigt sind. Aber die Alkoholgegner in Deutschland erstreben ja gar nicht die sogenannte Trockenlegung, sondern nur die Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes, d. h. das den Gemeinden vom Staat verliehene Recht, durch periodische Abstimmungen ihrer volljährigen männlichen und weiblichen Einwohner zu entscheiden: 1. über jedes Gesetz und Erlaß einer Konzession für Ausschank und Kleinhandel von geistigen Getränken innerhalb des Gemeindegebietes; 2. darüber, ob künftig überhaupt noch derartige Konzessionen erteilt werden sollen. Somit wird das Arbeitsfeld der in der Alkoholindustrie und im Gastwirts-gewerbe Beschäftigten durch Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes nicht verkleinert; seine Erweiterung nur wird vom Willen der Einwohnerschaft abhängig gemacht. Und hierfür sprechen außerordentlich ernsthafte bevölkerungspolitische Gründe. Gründe, die die Sozialdemokratie längst anerkannt hat: Schon am 18. Februar 1925 lag dem Reichstage ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor, der Vorlegung eines Schankgesetzes forderte, worin auch das Gemeindebestimmungsrecht enthalten war. Für diesen Antrag wurden nur 163, dagegen 199 Stimmen abgegeben. 16 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Der Antrag wurde niederkammt durch Deutsche Nationalen (69), Deutsche Volkspartei (31), Wirtschaftliche Vereinigung (20), Bayerische Volkspartei (18), Nationalsozialisten (10), Zentrum (31), Demokraten (13). Ist der Kampf gegen den Alkoholismus ein Kulturkampf, — und er ist das unzweifelhaft, so zeigt das vorstehende Abstimmungsresultat, welche Parteien auch in diesem Falle Kulturfeinde waren. Die Sozialdemokratie wünscht, daß die gegenwärtig laufende Unterschriften-sammlung für das Gemeindebestimmungsrecht der Kulturwelt zeigen möchte, daß das Volk die kulturelle Bedeutung des Kampfes gegen den Alkoholismus erkannt hat. Zentral-Sammelstelle der Unterschriften ist für das Reich: die Reichshauptstelle gegen Alkohol, Berlin-Dahlem, Werderstr. 16, — für Berlin: der Ortsausschuß für Gemeindebestimmungsrecht Groß-Berlin, Berlin N., Vollenstr. 121. Die Bewegung wird getragen von kulturfreundlichen Organisationen verschiedener politischer Richtungen. Auch die Kirchen haben sich angeschlossen. Der Kardinalbischof von Breslau hat einen Erlaß herausgegeben, wonach während der Abstimmungszeit in sämtlichen katholischen Kirchen über das Gemeindebestimmungsrecht gesprochen werden soll. Bedeutet man, daß in Berlin jeder neunte Einwohner Katholik ist, also circa 450 000 Katholiken in Groß-Berlin allein in Betracht kommen, so ist anzunehmen, daß die Abstimmung, sofern keine organisatorischen Fehler gemacht werden, zu einer mächtigen Kundgebung für das Gemeindebestimmungsrecht führen wird. Unter den 4 Millionen Einwohnern Berlins sind 2,5 Millionen stimmberechtigt. Der Berliner Ortsausschuß für Gemeindebestimmungsrecht hat in jedem der 20 politischen Stadtbezirke eine Zentralstelle gebildet, die ihrerseits wieder Unterabteilungen eingerichtet haben, Komitees, die durch Vorträge u. a. m. für das Gemeindebestimmungsrecht werben. Dem Bureau in der Linienstr. 121 sind an einem einzigen Tage aus einem einzigen Bezirk 1100 Unterschriften eingereicht worden.

Die Unterschriften werden gesammelt in der oben erwähnten Reichshauptstelle in Dahlem und von dort aus dem Reichstage eingereicht. Es soll dem Reichstage — im Hinblick auf das schändliche Abstimmungsresultat über den sozialdemokratischen Antrag vom 18. Februar 1925 — bewiesen werden, daß das Gemeindebestimmungsrecht nicht von einer kleinen Gruppe unentwegter Abstinenzler, sondern von Millionen Deutschen gefordert wird. Bereits am 26. d. M. wird einem engeren Kreise von Reichstagsabgeordneten über das Ergebnis der Kampagne berichtet werden, und am 27. d. M. wird sich der Haushaltsauschuß des Reichstages damit beschäftigen.

Wer sein Volk liebt, der fordert die Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes und tritt mit seiner Namensunterschrift für diese Forderung ein.

### Neue Volkshäuser am Stephansplatz.

Die Berliner Stadtbibliothek ist dazu übergegangen, in den verschiedenen Bezirken der Reichshauptstadt Volkshäuser einzurichten. Gemeinsam mit dem Bezirksamt Tiergarten und der Schulverwaltung ist eine Bäckerei am Stephansplatz in der Gemeindeschule eingerichtet worden. Durch geschmackvolle Farbengulammenstellung sind einige Schulräume in hell, freundliche

Zimmer umgewandelt worden. Annähernd 6000 Bände umfaßt die Bäckerei, in der alle minderwertigen Schmäder verschwunden sind. Sie haben der neueren Literatur und den Arbeiterdichtern Platz machen müssen. Geöffnet ist die Volkshäuser: Montag, Donnerstag, Sonnabend von 6—8 und Dienstag, Freitag von 1—8½ Uhr. Die Kosten für die Entleerung der Bäckerei beträgt 50 Pf. für das Halbjahr.

## Das Schulgeld an höheren Schulen. Erhöhung und Staffelung.

Der preussische Unterrichtsminister Dr. Becker hat kürzlich eine Statistik über den Beruf der Väter der Studenten veröffentlicht: 14 Proz. sind z. B. höhere Beamte, 26 Proz. Kaufleute oder Gewerbetreibende, aber nur 1,36 Proz. Arbeiter und 1,2 Prozent untere Beamte. Gibt es etwa 12—14mal soviel höhere Beamte wie untere Beamte oder gar Arbeiter? Ist diese Statistik nicht ein Hohn auf die Reichsverfassung, nach der für die Aufnahme in die auf den Besuch der Universität vorbereitende höhere Schule nicht die wirtschaftliche Stellung der Eltern maßgebend sein soll, sondern nur die Anlage und die Reife? Wenn 14 Proz. der Väter der Studenten untere Beamte, 2×14=28 Proz. Arbeiter und 1 Proz. höhere Beamte wären, würde dies mehr der Reichsverfassung gemäß sein.

Die Sozialdemokratie vertritt die Ansicht, daß der Unterricht auch an den höheren Schulen unentgeltlich sein müsse, wenn aus der erwähnten Bestimmung der Reichsverfassung die richtigen Folgerungen gezogen werden. Da dies wegen der schlechten Finanzlage noch nicht durchführbar ist, sind sozialdemokratische Kulturpolitiker für die Staffelung des Schulgeldes nach dem Einkommen der Eltern und der Zahl ihrer Kinder eingetreten. Es ist ein Triumph für uns, daß vor einigen Jahren der volksparteiliche Unterrichtsminister Boeltz die Schulaufsichtsbehörden ermächtigt hat, Anträge auf Einführung einer solchen Staffelung zu genehmigen. Natürlich bleibt diese Staffelung im Hinblick auf unsere Forderung des unentgeltlichen Unterrichts nur ein Notbehelf. Als der Berliner Magistrat vor einigen Wochen beschloß, das Schulgeld für die höheren Schulen von 150 auf 192 M. zu erhöhen, verheißerte er die alte Staffel, weil er sich sagte, daß die Arbeiterparteien sonst nicht der Erhöhung zustimmen würden. So sollte das Jahresinkommen, bis zu dem überhaupt kein Schulgeld erhoben werden sollte, von 2000 auf 2500 M. heraufgesetzt werden. Eltern mit einem Einkommen von 2500 bis 3000 M. sollten für das erste Kind und die Eltern mit einem Einkommen von 4000 bis 5000 M. für das zweite Kind nicht wie bisher drei Viertel, sondern nur die Hälfte des Schulgeldes zahlen. Bei der Erhöhung des Schulgeldes von 150 auf 192 M. hätte aber trotz dieser teilweisen Verbesserung der Staffelung die Annahme der Magistratsvorlage doch eine Erhöhung des Schulgeldes für viele Eltern mit einem Einkommen von 2500 bis 3000 M. bedeutet, für manche sogar eine sehr wesentliche. Am 30. März wies ich in der Stadtverordnetenversammlung darauf hin, daß die Eltern mit einem Einkommen von 3300 bis 4000 M., die bisher für ihr zweites Kind 37,50 M. (ein Viertel des alten Schulgeldes von 150 M.) zahlen, nach der Magistratsvorlage 96 M. zu zahlen hätten (die Hälfte des neuen Schulgeldes von 192 M.), also fast das Dreifache.

Von dem entwickelten Gesichtspunkte aus beantragten wir Sozialdemokraten in dem Stadtverordneten-ausschuß der Magistratsvorlage gemäß einerseits die Herabsetzung des schulfreien Einkommens von 2000 auf 2500 M., andererseits aber auch die Erhöhung des Schulgeldes von 150 auf 192 M. für die Eltern, deren Einkommen höher als das Endgehalt der Gruppe 12 ist. Denn für den, der mehr als 9000 M. im Jahre verdient, ist es von sehr geringer Bedeutung, wenn er 42 M. mehr Schulgeld im Jahre bezahlt. Diese beiden Anträge wurden in dem Ausschusse mit 9 sozialdemokratischen und kommunistischen gegen 8 bürgerliche Stimmen angenommen. Bei den anderen Einkommen sollte nach unseren Vorschlägen das Schulgeld in der bisherigen Höhe erhoben werden, das heißt, der alte Satz mit der alten Staffelung. Daß das zulässig ist, geht aus der Verfügung des Ministers hervor, wurde auch ausdrücklich noch von dem Magistratsvertreter zugegeben. Als wir dies dem Bunde eines Kommunisten zufolge zur Vermeidung von Mißverständnissen in unserer Antrag ausnahmen, lehnten sie ihn in einer zweiten Ausschussung, die kurz vor der Stadtverordnetenversammlung, zu unserem großen Erstaunen o. b. Damit war eine Einigung der Stadtverordnetenfraktionen gescheitert; eine Änderung der Schulgeldsätze vor dem 1. April war unmöglich gemacht. Uns blieb daher nichts anderes übrig, als in der Stadtverordnetenversammlung dem kommunistischen Antrage zuzustimmen, nach dem die Vorlage mit den in dem Ausschusse gestellten Anträgen dem Haushaltsauschuß überwiesen wurde.

D. Erich Witte.

### Schulschwimmunterricht.

„Zurück zur Natur,“ rief seinerzeit der alte Jean Jacques Rousseau, als die Damen und Herren aus der Büttzeit des Rokoko die Berührung mit dem Wasser als eine überwundene barbarische Unsitte betrachteten. 150 Jahre später ist dieser Mahnruf des damals belächelten einzelnen zum Kampfruf von Millionen hoffender und vertrauender Menschen geworden. Langsam und sicher, zähe die althergebrachte Meinung überwindend, hat sich die Erkenntnis in der Menschheit Bahn gebrochen, daß Kraft, Schönheit und Gesundheit nur dort ihre Heimstatt aufschlagen, wo sich die Bewegung des Menschen mit den Kräften der Natur — Sonne, Luft und Wasser — aufs innigste vermischt.

Wenn wir nun auf die letzten Jahre zurücksehen, so müssen wir anerkennen, daß von den Behörden sehr viel getan wurde, diese Gedanken in die Tat umzusetzen. Sport- und Spielplätze wurden errichtet, es kamen die Pflichtwandertage in den Schulen, der Turnunterricht wurde aus- und umgestaltet, und es kam vor allen Dingen die Einführung des Schulschwimmunterrichts durch den Erlaß vom 3. Mai 1924 (U. 6. 2763). Wenn man bedenkt, daß nach der Statistik in Deutschland jährlich rund 8000 Menschen ertrinken, wovon mehr als zwei Drittel Kinder und Jugendliche sind, so müßte diese fürchterliche Zahl allein genügen, um die Forderung zu begründen: Jeder Mensch muß schwimmen können, oder besser gesagt, jedes Kind, das die Schule verläßt, muß schwimmen können. Dann wäre wenigstens in Zukunft mit einem beträchtlichen Sinken der genannten Zahl zu rechnen. Aber die Einführung des Schulschwimmunterrichtes ist auch in gesundheitlicher Hinsicht aufs wärmste zu begrüßen. Bei keiner portlichen Übung wird das tiefe Aus- und Einatmen so geregelt, wie beim Schwimmen. Während des Schwimmens befindet sich die Wirbelsäule in geradezu idealer Lage, was bei unseren rassistischen und rüdgrotterkrümmten Kindern die denkbar beste Gymnastik bedeutet. Das kalte Wasser bewirkt als Reaktion des Körpers eine starke Durchblutung der Haut und der Gewebe. Der Stoffwechsel wird günstig beeinflusst. Was haben die Kinder nach dem Schwimmunterricht für einen Hunger, auch die, die sonst ihre Stullen zum Bedauern der Eltern wieder

mit nach Hause bringen. — Der Schulschwimmunterricht beschränkt sich nicht nur darauf, den Kindern das Schwimmen beizubringen, diese werden auch in starkem Maße dazu angehalten, sich eine derartige Schwimmfertigkeit zu erwerben, daß sie im Falle der Gefahr des Ertrinkens nicht nur sich selbst, sondern auch andere retten können. Dazu müssen sie vor allen Dingen Douzschwimmer werden. Für Berlin hat die Schulverwaltung Zeugnisse bereitgestellt, die dann den Kindern je nach Leistung ausshändig werden. Bei 15 Minuten und darüber schwimmt, bekommt das Freischwimmerzeugnis, wer 45 bis 60 Minuten schwimmt, das Fahrtenchwimmerzeugnis und wer die Bedingungen für den Grundchein der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft erfüllt, bekommt das Rettungschwimmerzeugnis. Einige Zahlen aus dem Schulschwimmunterricht des Bezirks Friedrichshain im Stadtbezirk Friedrichshain an der Schillingstraße 2 sollen das vorberlegte bekräftigen und veranschaulichen. Es unterrichten dort ständige Schwimmlehrer und Schwimmlehrerinnen. Jeder Schule stehen 10 Übungsstunden zu. An Nichtschwimmern verbleiben dort am Schlusse des Belegjahres von allen Kindern 1 bis 2 Proz. In 1½ Jahren sind insgesamt im Stadtbezirk Friedrichshain 3137 Knaben und 2932 Mädchen ausgebildet worden. Von den 3137 Knaben haben erhalten das

Rettungschwimmerzeugnis	514
Fahrtenschwimmerzeugnis	976
Freischwimmerzeugnis	856
von den 2932 Mädchen haben erhalten das	
Rettungschwimmerzeugnis	51
Fahrtenschwimmerzeugnis	524
Freischwimmerzeugnis	536

Im Bezirk Friedrichshain verläßt kein Kind die Schule, das, wenn es ärztlicherseits nicht beanstandet ist, nicht schwimmen gelernt hat. Es ist im Interesse unseres Volkstums zu wünschen, daß dieses Ziel nicht nur in ganz Berlin, sondern womöglich in ganz Deutschland erreicht wird.

### Polizeilicher Schutz für Blinde und Schwerhörige.

Vor längerer Zeit wurde durch Wunderlach des Preussischen Innenministers an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin die Einführung eines besonderen Abzeichens für Schwerhörige, drei schwarze Punkte in einem gelben Kreise beauftragt. Neuerdings haben die großen Blindenvereine Deutschlands, Deutscher Blinden- und der Schweißverein, die ihnen angeschlossenen Blinden mit dem gleichen Abzeichen auszustatten, um auch ihnen im Verkehr einen größeren Schutz zu verleihen. Das Abzeichen wird also von Schwerhörigen und Tauben wie von Blinden, und zwar meist in der Form einer gelben Armbinde mit drei schwarzen Punkten getragen. Die Straßenpolizeibeamten sind angewiesen, den durch das Abzeichen kenntlichen Schwerhörigen, Tauben und Blinden auf der Straße ihre besondere Fürsorge angedeihen zu lassen.

Der Reichsausschuß der gemeinnützigen Verbände für Lebens- und Heilreform hatte Sonntag vormittag in den Rirkus-Busch eine Protestversammlung gegen den Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einberufen. Die sehr temperamentovolle Versammlung sollte noch einmal in letzter Stunde auf die eventuellen Auswirkungen des Gesetzesentwurfes hinweisen. Als erster Referent sprach Dr. med. Arendt. Er führte aus, der Entwurf bedeute eine Zwangsmahnahme des Staates zur Salvarsanfur. Es stimmt nicht, daß die Geschlechtskrankheiten an Ausdehnung wachsen. Das Gegenteil ist der Fall. Allerdings darf die Verminderung nicht auf das Salvarsan zurückgeführt werden. Dieses ist augenblicklich das Nothelfmittel geworden wie ehemals die Quecksilberpräparate. Aber selbst im ärztlichen Lager sind die Stimmen über die heillosen Wirkungen des Salvarsans ansteigend. Staatsrat Hofmann-Sackfeld befürwortet, daß das Gesetz ein angeordnetes Demunzianten- und Spittelum emporzüchten könnte. In der Diskussion betonte Dr. Köchmann, daß man sich hüten müsse, geistliche Zwangsbehandlung mit Salvarsanfur gleichzusetzen.



Als Vadding aus dem Weltkrieg kam

war er ein alter Mann, gebrechlich, müde und abgepannt. Die folgenden Sorgenjahre verzehrten den Rest seiner Kraft. Schon wollte er mit dem Leben abschließen, da erstand ihm ein Retter: Vadding ist wieder aufgelebt. Frischer Tatendrang erfüllt den Verjüngten, denn er nimmt regelmäßig morgens und abends

## Boeson

das köstliche  
Fruchtsalz

Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. Generalvertreter: Theodor Wolff, Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 95. Fernsprecher: Hasenheide 5723 u. 5723.



# Unrentable Wirtschaft?

## Die Höhe der Dividenden.

Bei einer Besprechung der Ursachen, die für die seit Ende 1925 eingetretene ganz bedeutende Steigerung der Aktienkurse maßgebend sind, wurde an dieser Stelle vor kurzem auf die Besserung der Dividendenaussichten für das abgelaufene Geschäftsjahr (1925) hingewiesen. Es ist auch unbestreitbar, daß die in den letzten Monaten bekanntgewordenen Dividendenausschüttungen in vielen Fällen höher ausgefallen sind, als man nach den pessimistisch stimmenden Nachrichten aus der Wirtschaft, die bereits in den letzten Monaten des Jahres 1925 vorlagen, an der Börse erwartet hatte. Im großen und ganzen haben sich die Dividenden für 1925 auf der gleichen Höhe gehalten wie für 1924 — wobei zu beachten ist, daß die Beschlussfassung im Vorjahr während einer Zeit relativ günstiger wirtschaftlicher Entwicklung erfolgte, wo man die Schwierigkeiten des ersten Stabilisierungsjahres bereits zum guten Teil als überwunden ansah. In diesem Jahr dagegen haben die Leiter der Unternehmungen bei ihrem Jahresabschluss erkennen müssen, daß die Probleme der deutschen Wirtschaft zu ihrer Lösung eine weit längere Zeit erfordern, als man bisher geglaubt hatte, und daß die bisherige Wirtschaftspolitik mehr eine Ueberkapitalisierung und Verschleierung als eine Lösung der Schwierigkeiten im Gefolge gehabt hat.

### Wirkungen der Ueberkapitalisierung.

Zu dieser bisherigen falschen Wirtschaftspolitik der Unternehmungen gehört aber in erster Linie die bei der Goldmarkumstellung der Aktiengesellschaften vorgenommene „Ueberkapitalisierung“. Weil man das Goldmarkkapital in fast allen Fällen derartig hoch bemessen hat, daß eine „angemessene“ Verzinsung durch Dividenden, die entsprechend der allgemeinen Zinserhöhung höher als die Vorkriegsdividenden sein müßten, nicht zu erzielen ist, deshalb sind zahlreiche Aktiengesellschaften in eine schwierige Lage gekommen. Sie standen vor der schwierigen Wahl, ob sie den Großteil des Geschäftsertrags, anstatt ihn im eigenen Betriebe weiter gewinnbringend zu verwenden (bzw. zur Rückzahlung drückender Schuldenlasten zu benutzen), zur Erhöhung ihres Ansehens, aus „Prestitivgründen“ also, lieber zur Dividendenzahlung verwenden sollten.

Diese Entscheidung ist den Gesellschaften vielfach sehr schwer gefallen. Nur einer beschränkten (aber allmählich wachsenden) Anzahl von besonders leistungsfähigen und beim Kapitalistenpublikum besonders bekannten Firmen wurde, durch die Bewertung ihrer Aktien auf der Börse, ein ganz eindeutiger Weg gewiesen. Die „erfolgreichsten“ Gesellschaften können es sich heute ohne weiteres erlauben, ihre Erträge in den eigenen Betrieb zu stecken und keine Dividende zu verteilen — weil sie nämlich deshalb keine Kursseinbuße mehr zu befürchten haben. Ihre Aktien werden trotz allem ständig gesucht und gut bezahlt. Dem Aktienbesitzer und -käufer genügt die Vorstellung, daß er die Papiere eines besonders ausstichtreichen, hochqualifizierten Unternehmens in seinem Gedächtnis hat, von dem er sich für lange spätere Jahre hohe Gewinne verspricht; er glaubt also auf Gegenwartsgewinne verzichten zu können.

### Kurse dividenloser Papiere.

Diese Tatsache muß man sich vor allem vergegenwärtigen, wenn man die Dividendenhöhe von jetzt und früher vergleicht. Der Verzicht auf die Dividendenausschüttung ist heute in fast ebenso vielen Fällen ein Zeichen von Stärke, wie bei anderen Gesellschaften ein Zeichen von Schwäche.

Zum Beweis sei angeführt, daß (nach den Ergebnissen eines Stichzugs) von 165 Industrie- und Schiffahrtsgesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt werden und deren Abschlüsse für 1925 bereits bekannt sind, nicht weniger als 68 dividendenlos bleiben. Von diesen 68 Gesellschaften sind aber nur 17 als „invalide“ zu bezeichnen — sie werden zurzeit wegen besonderer Ursachen überhaupt nicht mehr notiert oder ihre Aktien notieren unter 20 Proz. des Nominalwertes. Weitere 41 Gesellschaften stehen bei einem Kursstand zwischen 20 und 74 Proz. (jumeist 40 bis 50 Proz.) etwas unter dem großen Durchschnitt aller Aktienwerte (also die dividendenverteilenden Gesellschaften eingerechnet). Bei 18 Aktien, auf die keine Dividende verteilt wird, ist ein Kursstand zwischen 75 und 100 Proz. zu verzeichnen; sie werden also so bewertet, wie zurzeit ein sicheres festverzinsliches Anlagepapier, das etwa 6 bis 8 Proz. einbringt. Weitere fünf Gesellschaften haben einen Kurs zwischen 100 und 150 Proz. Zu den höchstbewerteten dividendenlosen Papieren gehören Schiffahrtswerte und Aktien von verschiedenen Metall-, Schwerindustrie-, Textil- und Elektrizitätsgesellschaften.

### Dividenden 1924 und 1925.

Von etwa einem Viertel der in Berlin börsenmäßig gehandelten Aktienwerte (abgesehen von den Versicherungs- und

Brauereiwerten, die wegen besonderer Verhältnisse hier außer Betracht bleiben) liegen die Dividendenerklärungen für 1925 vor. Bei einem Vergleich mit den Dividenden für 1924 ergibt sich folgendes Bild:

Es verteilen 1925 gegen 1924

von	unveränderte	höhere	niedrigere
Dividenden			
5 Bahn- und Straßenb.-Ges.	3	5	—
6 Schiffahrtsgesellschaften	4	—	—
57 Banken	25	25	7
160 verschied. Industrie-Gesellsch.	80	50	30
230 Aktien-Gesellsch. insgesamt	112	80	38

Ordnet man die Aktienwerte der vierten Gruppe (verschiedene Industrie-Gesellschaften), die besonderes Interesse beanspruchen, nach der Höhe der ausgeschütteten Dividenden, so ergibt sich im Vergleich mit dem Vorjahr, daß weniger „mittlere“ Dividenden und mehr ganz niedrigere und ganz hohe Dividenden zur Verteilung kommen:

Es verteilen eine Dividende von Proz.	für 1924		für 1925	
	Gesellschaften	in Proz. der Gesamtzahl	Gesellschaften	in Proz. der Gesamtzahl
0	80	37,5	64	40,0
1/2-6	32	20,0	30	18,75
6 1/2-9	22	13,75	17	10,8
10-14	41	25,6	42	26,25
über 14	5	3,1	7	4,4
	160	100	160	100

Bemerkenswert ist hierbei, daß von 30 Gesellschaften, die ihren Dividendenstand gegenüber 1924 nicht aufrecht erhalten konnten, nicht weniger als 20 überhaupt zur Dividendenlosigkeit übergegangen sind — nach dem Prinzip: lieber keine als eine niedrige Dividende — und daß die 10 Gesellschaften, die eine niedrigere Dividende geben, ausschließlich in der vierten Gruppe — Dividende 10 bis 14 Proz. — enthalten sind. Sehr viel ungünstiger wird allerdings das Bild für 1925, wenn man die im Durchschnitt der drei Vorkriegsjahre (1911/13) gezahlten Dividenden mit den heutigen vergleicht (hier liegen Vergleichszahlen nur für 120 Gesellschaften vor):

Es verteilen eine Dividende von Proz.	im Durchschnitt der Jahre 1911-1913		für 1925	
	Gesellschaften	in Proz. der Gesamtzahl	Gesellschaften	in Proz. der Gesamtzahl
0	1	0,8	43	35,8
1/2-6	27	22,5	23	19,2
6 1/2-9	33	27,5	12	10,0
10-14	34	28,3	36	30,0
über 14	25	20,8	6	5,0
	120	100	120	100

Der Stand der Jahre 1911/13, in denen man eine fünf- bis sechsprozentige Verzinsung „sicherer“ Werte als normal ansetzen konnte, ist also längst noch nicht erreicht: damals erbrachten die weitaus meisten Aktienwerte eine sehr viel höhere als die „normale“ Verzinsung. Selbst wenn man das oben über die „Dividendenlosigkeit aus Prestitivgründen“ Gesagte in Berücksichtigung zieht, wird festzustellen sein, daß die Ueberkapitalisation heute eben noch viel zu stark ist, um die Gewährung von Dividenden zu erlauben, die im Durchschnitt gleichhoch, geschweige denn höher als die „normale“ Verzinsung sicherer (langfristiger) Anlagen ist. Für eine solche kann man heute einen Zinsfuß von 8 bis 10 Proz. im Durchschnitt angeben, während noch vor Jahresfrist 12 bis 14 Proz. „normal“ waren. Dieser Rückgang des allgemeinen Zinsfußes aber bedeutet, daß Aktienwerte, deren Gewinnaussichten gegen den Vorjahrstand gleichgeblieben oder noch höher geworden sind — wie das ja tatsächlich nach unseren Zahlen der Fall ist — heute mit Recht bedeutend höher als damals bewertet werden.

Während sich an dem Ergebnis unserer Dividendenstatistik nichts Erhebliches ändert, wenn man die „großen“ Aktiengesellschaften — solche mit 7 oder 10 Millionen Aktienkapital und mehr — gesondert behandelt sind bei einer Aufstellung nach Branchen ganz erhebliche Unterschiede festzustellen. Vor allem sind es die Textilwerte und die Aktien der Schwerindustrie, die — von einigen Ausnahmen abgesehen — durch Dividendenlosigkeit geringe Dividenden den Durchschnitt herabdrücken. Als Gruppen mit besonders hoher Dividendenausschüttung sind (neben den hier nicht berücksichtigten Brauereiwerten) die Eisenbahn- und Stra-

ßenbahnwerte, die Bankaktien und von den verschiedenen Industriezweigen jene der Zement-, Glas-, Keramik- und Braunkohlenindustrie zu erwähnen, ferner — wenigstens z. T. — die Werte der Metall- und Maschinenindustrie, der Zellstoff- (Papier-) und chemischen Industrie.

Eine wichtige Feststellung, die gerade die Arbeiterschaft im Kampfe um den gerechten Lohn interessieren muß, ergeben diese Berechnungen in jedem Fall: von einer „unrentablen“ Wirtschaft, von der die Unternehmer so gern reden, kann heute in dieser allgemeinen Form keinesfalls mehr die Rede sein. Die Dividenden-ergebnisse des letzten Jahres zeigen im Vergleich zum Vorjahr steigende Tendenz — trotz der Krise! — und wo das nicht der Fall ist, liegen oftmals besondere Gründe vor, die sicherlich weder auf dem Gebiete der Lohn- und Sozialpolitik noch auf dem der Steuerpolitik zu suchen sind.

### Generalversammlung der „Preußag“

Die Generalversammlung der Preussischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft genehmigte in ihrer Sitzung vom Mittwoch den Abschluß für das Geschäftsjahr 1925. Dieser ergibt einen Brutto-Uberschuß von 16 688 420 85 Mk., der sich durch den Vortrag aus dem Jahre 1924 auf 21 234 593 44 Mk. erhöht. Dieser Betrag hat folgende Verwendung gefunden:

Zur Ruhegehälter, Bartegelder, Pensionen und Unterhaltungen	1 814 242,95 Mk.
Berg- und Kauschäden, Bohrungen und Untersuchungskosten	1 185 051,68 „
Bergütung an den Preussischen Staat (1/2 Proz. der Roheinnahme)	427 804 51 „
Stillelegungskosten und Vertragsabfaltungen	87 075,74 „
Abschreibungen	5 406 430,28 „
Rücklagen	7 150 000 „
Unterhaltungen und Belohnungen	200 000 „
Rezervefonds II	500 000 „
Gewinnanteil an den Preussischen Staat	3 000 000 „
Vortrag auf neue Rechnung	1 813 488 30 „
Zusammen	21 234 593 44 Mk.

Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurden die Herren: Verwaltungsverst. a. D. Brennhold, Vergrat Krämer, Oberlandforstmeister Dr. Fik. von dem Busche, Gewerkschaftssekretär Franz Reichminister a. D. Bissell wieder gewählt und an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Oberfinanzrat Remat Herr Ministerialrat Wellmann in den Aufsichtsrat gewählt.

### Wasserstraßen-Politik.

Die in der Weimarer Verfassung vorgesehene Ueberführung der Wasserstraßen in den Besitz des Reichs ist nach zahllosen Schwierigkeiten, nach mehr als fünfjähriger Arbeit, jetzt endlich vollendet. Am Dienstag trat der Reichswasserstraßenbeirat zum erstenmal zu einer Tagung zusammen, die von dem Reichsverkehrsminister Dr. Rohne eröffnet wurde. Dr. Rohne sprach über den Aufgabenkreis und die Kompetenzen des Beirats und gab einen kurzen Ueberblick über die aus der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage sich ergebenden Probleme des Verkehrs-

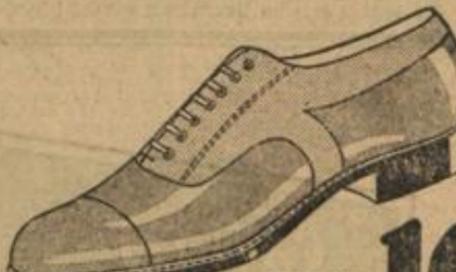
Nach den Verhandlungen des Beirats hatte der Zentralbereich für deutsche Binnenschifffahrt am Abend eine Sitzung des sogenannten Ausschusses einberufen, auf der Reichsminister a. D. Dr. Gothein einen Vortrag über „Wirtschaft und Wasserstraßenpolitik“ hielt. Da dieser Vortrag im wesentlichen auf eine Widerlegung einer von Staatssekretär Dr. Bogt (Reichsverkehrsministerium) vor kurzem gehaltene Rede hinauslief, schloß sich daran eine ziemlich lebhaft diskutierte Diskussion, in der Dr. Bogt seinen Standpunkt präzisieren und im allgemeinen verteidigen konnte. Er wies u. a. auch auf das Kernproblem der neu entstandenen Konkurrenzschwierigkeiten zwischen Eisenbahnen und Wasserstraßen hin, das darin liegt, daß der Frachtverkehr in dem wichtigsten Massentransport, nämlich im Kohle, selbst in den Zeiten des besten Geschäftsganges gegenüber der Vorkriegszeit immer weiter zurückgeht. Im übrigen erklärte er, daß der weitere Ausbau des Wasserstraßennetzes angesichts der Schwierigkeit, ausreichende Frachtmengen für die Bahnen zu erhalten, in den jetzigen Zeiten wirtschaftlicher Not und mangelnden Kapitals nach Möglichkeit zurückgestellt werden müsse. Aus der Rede des Herrn Ministers Gothein, der für eine sofortigen weiteren Ausbau nachdrücklich eintrat, ist besonders erwähnenswert, daß er der Reichsbahn den guten Rat gab, zur Vermeidung von Tarif erhöhungen die Forderungen der Arbeitnehmers, die angesichts der sinkenden Lebenshaltungskosten gänzlich ungerechtfertigt seien, nicht zu bewilligen und daß er weiterhin vorschlug, die im Dawes-Plan vorgesehenen



Moderpumps mit verzerrtem Spanngummi 17<sup>50</sup>



Blond echt Chevreau-Zugpumps mit Einsatz und Spangendurchbruch 16<sup>50</sup>



Hochfeiner Herren-Halbschuh mit grau echtem Nubuk-Einsatz 16<sup>50</sup>

# blond feinfarbig braun

Blond echt Chevreau-Spangenschuh, beliebter Moderschuh 14<sup>50</sup>

Feinfarbig beige echt Chevreau-Spangenschuh in erstklassiger Ausführung 19<sup>50</sup>

Feinfarbig Moderpumps, beige, haselnuß, mauve und grau, mit Spanngummi 17<sup>50</sup>

Brauner Modeschuh mit Seitengummizug und Spangendurchbruch 12<sup>50</sup>

Braun echt Boxkalf-Spangenschuh mit L.XV.-Absatz 12<sup>90</sup>

Die guten Liwera-Strümpfe  
zur Farbe des Schuhs passend, alle Nuancen sehr billig am Lager



**Lack & Cie A.G. Burgb.M.**

118 eigene Verkaufsstellen, davon 19 in Groß-Berlin und Potsdam:

SW, Friedrichstr. 20/41	N, Brunnenstr. 57	O, Frankfurter Allee 22
W, Potsdamer Str. 50	N, Danziger Str. 1	SO, Oranienstr. 2a
(an d. Kurfürstenstr.)	N, Friedrichstr. 120	SO, Wrangelstr. 49
W, Schilstr. 16	N, Mühlstr. 3	C, Spittelmarkt 13
NW, Beusselstr. 29	O, Andreasstr. 50	C, Rosenthaler Str. 14
NW, Turmatr. 41	Neukölln, Bergstr. 30/31	— Charlothenburg, Wilmer-
NW, Wilsnacker Str. 22	dorfer Str. 122/23	— Potsdam, Brandenburger Str. 4





# THEATZ BILLIGE LEBENSMITTEL

**Hamburger Makrel-Büchlinge**  
20 Pf.

**Sprotten**  
45 Pf.

**Seelachs**  
40 Pf.

**Ahlbecker Riesen-Flundern**  
45 Pf.

**Lachsheringe**  
15 Pf.

**Räucherlachs**  
170 Pf.

**Erdbeer-, Aprikosen-, Orangen-Konfitüre**  
115 Pf.

**Pflaumen-Konfitüre**  
90 Pf.

**Wurstwaren**

Schweinskopf 1. Gel. Pfd. 68 Pf.  
Zwiebelh. - u. Holw. Pfd. 60 Pf.  
Berl. Mettwurst Pfd. 95 Pf.  
Landleberwurst Pfd. 95 Pf.  
ff. Leberwurst Pfd. 145 Pf.  
Hansm.-Fleischwurst Pfd. 100 Pf.  
Geöffn. Schinken Pfd. 125 Pf.  
Mettwurst Braunsch. Art. Pfd. 130 Pf.  
Speck mit s. wasser. Fettst. Pfd. 140 Pf.  
Holst. Zerr. u. Solami Pfd. 170 Pf.

**Käse**

Frühstückskäse Stück 12 Pf.  
Camembert mittel, Schabbel 28 Pf.  
Romanoor ex. 200g. Stück 24 Pf.  
Schles. Kummelkäse Pfd. 30 Pf.  
Käse Pfd. 26 Pf.  
Brie-Käse Pfd. 45 Pf.  
Bayr. Limburger Pfd. 60 Pf.  
Tilsiter Pfd. 68 Pf.  
Edamer Pfd. 78 Pf.  
Steppenkäse Pfd. 75 Pf.

In unserer Konditoren-Abteil.

Hertie-Schmelz Tafel 200 g. 75 Pf.  
Hertie-Vollmilchsch. Tafel 200 g. 85 Pf.  
Hertie-Vollmilch. Tafel 200 g. 85 Pf.

**Frisches Fleisch**

Suppenfleisch Pfd. 70 Pf.  
Fehlrippe und Brust Pfd. 80 Pf.  
Schmortfleisch ohne Knochen, Pfd. 110 Pf.  
Rouladen Pfd. 130 Pf.  
Kalbskamm und Rücken Pfd. 75 Pf.

Ralbskeulen 88 Pf.  
Schweinebraten ohne Beilage 100 Pf.  
Schinken und Schulterblatt 110 Pf.  
Lieser stark 90 Pf.  
Rindertalg ausgelassen 56 Pf.

**Gefrierfleisch**

Prima Ochsenbrust Pfd. 50 Pf.  
Prima Mittelkamm und Fehlrippe Pfd. 60 Pf.  
Pa. Hammelvorderfleisch Pfd. 74 Pf.  
Prima Hammelrücken Pfd. 80 Pf.

Prima Hammelkeulen Pfd. 90 Pf.  
Prima Rinderherzen Pfd. 44 Pf.  
Fr. Schweineköpfe mit Backe Pfd. 48 Pf.  
Gehacktes Pfd. 70 Pf.

**Kolonialwaren**

Bruchreis Pfd. 17 Pf.  
Burma-Reis Pfd. 20 Pf.  
Vikt.-Erbsen Pfd. 19 Pf.  
Linsen Pfd. 19 Pf.  
Bandnudeln Pfd. 32 Pf.  
Makkaroni Pfd. 42 Pf.  
Hartgries Pfd. 28 Pf.  
NL. weiße Bohnen Pfd. 14 Pf.  
Pflaumen Pfd. 32 Pf.  
Kalt. Backobst Pfd. 46, 72 Pf.

**Obst u. Gemüse**

Wirsingkohl Pfd. 14 Pf.  
Möhren gewaschen Pfd. 12 Pf.  
Rhabarber Pfd. 15 Pf.  
Spinat Pfd. 10 Pf.  
Holl. Gurken Stück v. 45 Pf.  
Salat Pfd. 18 Pf.  
Zitronen Dutz. 35 Pf.  
Apfelsinen Pfd. 20 Pf.  
Kochäpfel Pfd. 10 Pf.

In unserer Konditoren-Abteil.

Erfrischungswaffeln Pfd. 120 Pf.  
Borkenschokolade Pfd. 140 Pf.  
Konfektmischung Pfd. 90 Pf.

**Seelachs**  
e. Kopf, l. ganzen Pfd. 14 Pf.

**Kabliau**  
frisch, e. Kopf, l. ganzen Pfd. 16 Pf.

**Flundern**  
frisch Pfd. 20 Pf.

**Heringe**  
grüne Pfd. 10 Pf.

Frisch geschlachtete  
**Suppenhühner**  
Pfd. 130 145

**Kaffee** frisch gebr., aus eigener Rösterei  
Pfd. 230 260 290

**Molker-Butter**  
1/2 Pfd.-Stück 95 Pf.

**Margarine**  
Pfd. 58 Pf.

**Konserven**

Stg.-Spargel extra fein 250 Pf.  
Stg.-Spargel sehr stark 233 Pf.  
Stg.-Spargel mittel 200 Pf.  
Stg.-Spargel 50/60 175 Pf.  
Kaisererbsen 165 Pf.  
Erbsen sehr fein 140 Pf.

Erbsen mit Karotten 70 Pf.  
Erbsen u. Karotten, mittel 78 Pf.  
Erbsen u. Karott., fein 105 Pf.  
Erbsen mittel 78 Pf.  
Gemüseerbsen 55 Pf.  
Spinat 42 Pf.

Leipziger Allerlei 75 Pf.  
Pfefferlinge 98 Pf.  
Wachbohnen 90 Pf.  
Sellerie 75 Pf.  
Pflaumen 1/2 Frucht 85 Pf.  
Aprikosen 1/2 Frucht 140 Pf.

**Aus-erwöhnliches Sonderangebot:**  
2000 Flaschen Schloss Ayer 3<sup>00</sup> 29<sup>00</sup>  
Herrenberg Auslese Traubenschaumwein zumgl. 15%, städt. Getr.-Steuer

**Bowlenweine** 1/2 Fl. 10 Pf.

1924er St. Martin, vorz. Rheinpfl. 6,50 Pf.  
1924er Malzkammerer Letten 8,50 Pf.  
1922er Osanner Rosenberg 9,50 Pf.

**Zur Bowle:**

10 Fl. Edelkühner Weisswein 10<sup>00</sup>  
3 Fl. Hertie Fruchtschaumw. 10<sup>00</sup>

**Prischer Maitrak** u. Traubenwein, vorz. Qual. 1/2 Fl. 10<sup>00</sup>

**Vorzügl. Tischweine** 1/2 Fl. 10 Pf.

1922er Niersteiner Schmitt 1,60 Pf.  
1921er Altorwellerer Riesl. 1,50 Pf.  
1922er Oppan. Krötenbrunn. 1,50 Pf.

**Freitag und Sonnabend:**

**RESTE UND ABSCHNITTE**

ZU BESONDERS BILLIGEN PREISEN!

**Gut und billig!**

**Weine vom Fass** u. n. a.

Johannisbeerwein 1 Liter 5 Liter  
rotter süßer 95 4 50  
Rheinpfl. Weisswein 95 4 50  
gute Qualität

garant. Preis einsch. abf. Gebühretsteuer ohne Flasche.

In prima Qualität:

Himbeer- u. Kirschsafte  
garantiert rein, mit 1% Natronade eingekocht. 1/2 Flasche 70 Pf., 1/4 Fl. 1<sup>00</sup>

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Rigoletto  
Opernhaus am Königsplatz  
7 1/2 Uhr: Troubadour  
Schauspielhaus  
8 Uhr: Duell am Lido  
Schiller-Theater  
8 Uhr: Spiel d. Lebens

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 1/2 Uhr:  
**Carmen**  
Abona-Turnus I

**Th. a. Mollendortpl.**  
Tägl. 8 Uhr:  
Der alte Dessauer  
Operette in 3 Akten  
Charl. Vespermann  
Falk, Kiper, Godau,  
Straaten, Hainisch

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz Th. am Schiffbauerdamm

**Sturmflut**  
8 Uhr: Mariborough steht in den Krieg  
Morgen 8 Uhr: Mariborough steht in den Krieg

**Elite-Sänger**  
Täglich Kottbuser Str. 6  
8 Uhr Der neue Schläger  
3 Uhr „Wenn Frauen streiken“  
und der große Solotell.

**Komische Oper**  
3 1/2, Direktion James Klein 5 1/2

**Die Neue Revue**  
**Berlin Hemd**  
Revue der Zukunft in 16 Bild.  
Preise 1-7,50. Logen und Balkon 10.-

Sonntag 3 Uhr volle Vorstellung zu halben Preisen u. jeder Erwachs. 1 Kind frei

Tageskasse ununterbrochen ab 10 Uhr geöffnet

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr und Sonntags nachmittags 3 Uhr

**Stettiner Sänger**  
Parkett 1 M., Logen 2 M.  
Nacht. alle Preis. Vollbesetzung  
Tageskasse 11-2 Uhr.

**Dönhof-Brettli**  
Variété - Konzert! - Yanz!  
An abn. 8 Uhr, Sonntags 5 1/2 Uhr.

**Werbewoche der Jugendgruppe des ZdA.**

Die südlichen Abteilungen veranstalten eine  
**Jugendfeier**  
für die Angestelltenjugend

Sonnabend, 17. April, abends 8 Uhr,  
in der Aula des Leibniz-Gymnasiums,  
Berlin SO, Mariannesplatz 25:

**PROGRAMMFOLGE**

1. Musik: Fantasie J. Leybach
2. Rezitation: „An die neue Jugend“ Henckell
3. Ansprache: Kollege Hans Schmaus
4. Musik: Rondo Franz Schubert
5. Sprechchorwerk „Der Morgen“ Karl Bröger

**PAUSE**

6. Musik: Potpourri a. d. Oper „Undine“ Lortzing
7. Heitere Rezitationen:
  - a) „Wir Bürgermeister und Senat“ H. Meine
  - b) Die Späzen: „Lupp der opats“
8. Hans-Sachs-Spiel: „Der Rößleub zu Fünfsingen“
9. Gemeins. Gesang: „Dem Morgenrot entgegen“

Einlaß 7 1/2 Uhr. Unkostenbeitrag 20 Pf.

Kaufmännische Lehrlinge, jugendliche Angestellte, besucht diese Jugendfeier der Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten!

**Verein der Freidenker für Feuerbestattung v. Gau Berlin**

Indet hiermit alle Freidenker-Genossen an der am Sonntag, den 18. April, vormittags 11 Uhr stattfindenden

**Denkmals-Einweihung**  
unseres Vereins

auf dem Urnenhain in Spandau in den Kesseln unter Mitwirkung des Doppel-Quartetts vom Verein der Freidenker, Gedächtnisrede und Ansprachen. Alle Anhänger und Freunde der Feuerbestattung werden gebeten, Sonntag vormittags 10 Uhr auf Bahnhof Spandau-West mit der Vorortbahn oder mit der Straßenbahn 154 auf dem Platz am Klinik-Denkmal sich recht zahlreich zur Feier einzufinden. Von dort Führung nach dem Urnenhain. Die Feier findet bestimmt um 11 Uhr vormittags statt.

**Der Gau-Vorstand.**

Nachzügler ab 2 Uhr nachmittags im „Roten Adler“ in Spandau, Potsdamer Str., Straßenbahnfahrt bis Spandau, Markt, mit den Linien 54, 55 und 154. (05/9)

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-38  
8 Uhr:  
**Mord**

**Kammerspiele**  
Norden 10334-38  
8 Uhr:  
... Die Nackten kleiden ...

**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 7316  
8 Uhr:  
**Viktorla**

**Central-Theater**  
8 Uhr: Eva Bonheur  
Ika Grünig

**17 Berliner Kinos spielen ab heute den Gerhard-Lamprecht-Film Menschen untereinander**

8 Akte aus einem interessanten Hause

Altebra-Lichtspiele, Berlin, Kappensstraße 29  
Amer-Lichtspiele, Wilmersdorf, Ullandstraße 81  
S. T. L.-Lichtspiele, Neub. Tarnstraße 12  
S. T. L.-Lichtspiele, Friedenau, Rheinststraße 14  
S. T. L.-Lichtspiele, Berlin, Potsdamer Straße 33  
Deutsches Theater, Stglitz, Albrechtstraße 132  
Fleisch-Lichtspiele, Berlin, Schillerstraße 54  
Flora-Lichtspiele, Stglitz, Schillerstraße 10  
Flora-Lichtspiele, Stglitz, Schillerstraße 97  
Flora-Theater, Berlin, Hasenheide 22/30  
Karlshagen-Lichtsp., Hasenheide, Karlshagen, 119-123  
Karl-Lichtsp. v. Hasenheide, Kantstraße 24  
Karl-Lichtsp. v. Hasenheide, Berlin, Chausseestraße 88/91  
Pharos-Lichtspiele, Berlin, Chausseestraße 140  
Piazalloy, Charlottenburg, Bismarckstraße 83  
Südwest-Lichtspiele, Berlin, Bückerstraße 12  
Städtisches Lichtspielhaus, Reuköln, Bergstraße 147  
Tarns-Palast, Schöneberg, Hauptstraße 144  
Wald-Theater, Köpenick, Rudowstraße 1  
Wittelsbach-Lichtspiele, Wilmersdorf, Berliner Str. 146

**Sarnowsky-Bühnen**  
Theater  
Hörsingstr. 24  
8 Uhr:  
Mrs. Cheneys Ende

**Komödienhaus**  
Feld Norden 6804  
8 Uhr:  
Der Garten Eden

**Die Trübsal**  
Tel: Wilhelm 6365  
8 Uhr:  
Der Rubikon

**Resident-Theat.**  
Bela 7 1/2: Premiere  
Platonische Liebe

**Thalia-Theater**  
täglich 8 Uhr:  
Kavalier Jack  
Musik v. C. v. Horst

Th. d. Kommandantenstr.  
8 1/2 Uhr:  
Rabaretti d. Romiker  
Robitschek, Morgan

**Deutsches Kunst-Theater**  
Heute 8 Uhr  
Ein Walzertraum  
Th. u. Kurfürstendamm  
8 Uhr:  
Die rote Cléo  
Wallner-Theater  
8 Uhr  
Holportage

**Theat. d. Westens**  
Täglich 8 Uhr:  
Prinzessin Busch  
Musik v. L. Jessel

**Th. in d. Klosterstr.**  
8 Uhr:  
Heimat  
Walhalla

Th. - Weberweg  
Tägl. 8 1/2 Uhr:  
Das Tagebuch einer Verlorenen  
Volksst. m. G. u. T.  
Häcker, A. Vilmar

**Berliner Theater**  
8 1/2 Uhr:  
Messallinette

**Rose-Theater**  
8 1/2 Uhr:  
Der Traum vom Glück

**Casino-Theater**  
Täglich 8 Uhr  
kur bis 30. April  
Eine Nacht im Fahrstuhl  
in das bunte Prunk  
Ab Sonnabend, 1. Mai  
D. Recht auf Arbeit

**Krause-Pianos**  
zur  
**Miete**  
Ansbacher Str. 1.  
146 Berlin-Mitte

**LIEBIG**

Wieder frisch und munter

werden Sie durch eine Tasse gute Fleischbrühe  
Sie brauchen dazu kein teures Fleisch auszukochen,  
wirkliche Fleischbrühe liefern Ihnen einfacher und billiger

**Liebig Fleischbrühwürfel**

für nur 4 Pf. Da sie den nötigen  
Fleisch-Extrakt  
enthalten, kann man aus ihnen kräftige,  
schärflich schmeckende Fleischbrühe  
bereiten.

**Extra-Angebote Leihhaus Moritzplatz 58a**

100 Anzüge Serie I, früher bis 45,- jetzt 15,- 150 Anzüge Serie II elegant jetzt 26,-  
Kavaller-Garderobe, Frack- und Smoking-Anzüge teils auf Seide, enorm billig!  
Regenmäntel von 12,- Pelzwaren bis 50 Proz. ermäßigt!  
100 Paletots, Ulster, Schuhwaren, Complete, Kleider, Damen-Mäntel. „Vorwärts“-Leser 5 Proz. Rabatt.

## Aus grauen Gassen.

Wir wandern leidenschweren Gang  
Wochen und Jahre, ein Leben lang.  
Wissen kaum noch, wie müde wir sind  
... und draußen weht Frühlingswind.

Der kost uns're feuchten Stirnen so sacht.  
Zart, wie's Mutter vor Zeiten gemacht  
Mit einsamen, wehen Gebärden  
... und draußen ist Freude auf Erden.

Am Sonntag, Marie, geh'n wir über Land  
Durch Wälder und Felder, über Heide und Sand  
Und lagern an Seen, lichtklar und weit;  
Vergessen die Stadt, verträumen die Zeit ...

Und glühen die Kiefern im Abendrot.  
Dann küß mich, Marie, küß die Sehnsüchte tot,  
Al die Träume, die flirren und locken und loh'n,  
... morgen wieder ist Freitag, das Grau und die Fron.

Wir wandern ergeben unsern Gang  
Wochen und Jahre, ein Leben lang.  
Unser Märchen vom Glück zerrinnt, zerrinnt ...  
... und draußen weht Frühlingswind.

Fred Haase.

## Der häßliche Zwerg.

Barockmärchen von Heinz Diepmann.

Als man der Mutter den Knaben zeichte, der aus ihrem Leibe gekommen war unter entsetzlichen Schmerzen, erkannte sie ihn. Aufschrie sie, daß die Weiber, die vor der Türe des Gemaches in aufgeregter Glückseligkeit über die endliche Geburt des jungen Grafen schwärmten, auseinanderfahren und sich bekreuzten. Aufschrie die Mutter ein zweites Mal und die Wehen kletterten an ihrem müden Leib empor und erstickten den dritten Schrei, daß sie daran starb. Und das war gut so.

Der Neugeborene aber sah aus wie der Teufel. Seine kleine braune Gestalt war verkrümmt und verzogen, sein Schädel ein Hausen hängender Fleischfetzen und sein Leib war mager und dürr wie eine getrocknete Pflaume. Mario hatte ihn zwar sein Vater in feierlicher Zeremonie kaufen lassen, aber der Volksmund verspottete diesen frommen Namen und „Diabolo“ — „Teufelchen“ nannten sie in der Stadt das Kind des finsternen Statthalters Cesare Ardeochi, der oben in seiner Burg hauste, seit seine Frau gestorben war; verachtet waren die glänzenden Feste und die Lichter, und die vielen Diener waren in alle Richtungen zerstreut. Einen weiten Umweg machten selbst die fahrenden Sängler und die Bettler um die einsame Burg, darinnen der Statthalter sich vergraben hatte. Nie konnte er den Tod seiner blinden Frau vergessen und nie die Ursache ihres vorzeitigen Endes. Den Knaben hatte er Kammerfrauen und Subalternen zur Erziehung übergeben, er konnte ihn nicht sehen, seit er ihn damals erblickt hatte, in jener Nacht.

Der Knabe wurde älter und ein Jüngling; ein Zwerg war er mit wulstigen Lippen und mit hängenden Boden. Seine Beine waren gekrümmt, der Atem schnob atmatisch durch eine allzu große Nase und über alle diesem, moor sich die Menschen entsetzten, vergaßen sie seine tiefen Augen und seine leidende Stirn. In großem Bogen schlichen die Erzieher um den jungen Grafen herum, der es nie gelernt hatte, ein jubelndes und glückseliges Kind zu sein. Känglich und peinzoll gingen die Priester durch die Säle, in denen er ruhte und die Fenster seiner Gemächer waren stets verhängt mit grünem Brokat. So wuchs er auf, gemieden und heimlich gehäht, in Missetrauen und Furcht und Ekel. Es liebte ihn keiner, kein Mensch, kein Tier, und nicht einmal eine Blume streifte ihn im Vorübergehen, doch er sehnte sich auch nicht danach, nur seine Stirne ward weißer und blässer von Tag zu Tag.

Als er 17 Jahre alt gemorden war, starb sein Vater, der Statthalter Cesare Ardeochi, in finsterner Melancholie, am Schlagfluß. Noch einmal füllten die Gäste die halbverfallene Burg, Diener in grünen und silbernen Stücken servierten den hohen Herren zu der Totenfeier, aber kumm war man an der Tafel und ob man auch den edlen Weinen aus den Savantiner Bergen köstlich zusprach, so vermochte jedoch auch dieser nicht die Befangenheit der Gäste zu lösen. Doch nicht war es die Trauer um den Verstorbenen, lange Vergessenen, sondern es war sein stehsehnsüchtiger Sohn, der die Herzen und die Gemüter entsetzte. Denn gerade, als man sich zur Tafel gesetzt und der Rundschel, der kleine Fürst Stola, durch einen kräftigen Witz aus dem Schlafgemach des Königs die Fröhlichkeit der versammelten Nobilität gelöst und zu ergötlichem Gespräch bewegt hatte, da erschollen plötzlich seltsame Klänge, wie von weither, durch die offenen Fenster des Saales. Und in diesem Augenblick öffneten sich die Türen und der Troß der zu dem Totenmahle bestellten Diener stürzte, fast vollzählig, ganz unerschrocken und ohne sichtbaren Grund herein und die Leute bekreuzten sich und der Schweiß lief ihnen von der Stirn. Da erhoben sich auch die Nobilität. Verwirrt und erschrocken sahen sie durch die Fenster, die süßen Duft des Frühlings tranken, und sie sahen gegenüber, in der Kapelle, den jungen Grafen stehen. Er stand da, neben dem aufgebahrten Vater, allein in der ganzen Kirche, glühende Sonnenstrahlen fielen rot und schamlos über seine entsetzliche Gestalt und er lehnte sein Haupt an die steinerne Säule. Eine Grige hielt er an die vermachene Brust gepreßt und er spielte, spielte, spielte, eine schaurige Melodie, wilde Orgeln zerklopfender Rhythmen, Orgelöne, verdrausend wie ein Ozean im Sturm, einen Gesang, eine Flut von Weilen, die die Horchenden ertrinken ließ in der Unbegreiflichkeit und im Grauen.

Als sich die Herren von ihrem Schreck erholt hatten, blickten sie mit schreuen Augen aufs neue in die vom Abendrot verlassene, dunkle Kapelle, sie war leer. Man sah sie, war genügt, alles eben Gleichens für einen Spuß zu halten, aber die Fröhlichkeit war dahin und die Tafel hatte ein graues Gesicht. Noch am gleichen Abend, bevor die kühlen Winde der Nacht erwachten, brachen die Nobilität auf und fuhren in ihre Heimat.

Am dunklen Wege aber, den ihre lauten Wagen nahmen, stand Mario Ardeochi. Den leuchtenden Lichtern schritt er nach mit feuchenden Schritten und er ward nicht mehr gesehen in seiner Heimat seit dieser Nacht.

Und dann tauchte er auf, wie ein verlorenes Holz im Strom, hier und dort, in den Hofenschenken und den verrufenen Kellern der Stadt am Meere, Genoa. Lumpen umfingern knapp und grauam enthüllend seine Gestalt. Nichts besah er mehr denn seine Geige und die dämonische Sehnsucht nach einer Liebersonne, die ihn am Leben erhielt.

Sie kannten ihn alle, die in den unterirdischen Kaskemmen ihre müden Nächte erstanden; vielleicht mußten auch manche, wohl diese Mädchen mit den verlorenen Geschlechtern und den freischwebenden Stimmen um die Träume des häßlichen Zwerges, aber sie alle waren auch einmal verlassen worden und deshalb wollten sie vor keinem ihre lang gestorbenen Leiden voraus haben.

So spielte er denn in den von den warmen Händen der Sonne vergessenen, feuchten Kellern auf seiner Geige wunderliche Weisen, deren Melodien wohl alle vergaßen, deren Klang jedoch keiner jemals verlor. Still wurden die podennarbligen Schiffer aus der Lombardei und die Mädchen auf ihren Schößen hörten auf, zu girren und zu lästern. Da gab es denn vor, daß ihm einer ein Geldstück hinwarf und der Wirt kam wohl noch eine warme Suppe dazu. Aber alles wurde ihm gegeben wie einem ausfägigen, elken Tier und von jeder

## Deutschland in der Welt voran.



Der Ruhm der Hungerkünstler hat unseren Reichsernährungsminister Dr. Haslinder nicht ruhen lassen. Unlängst soll er eigenhändig den Glasfelsen bestiegen haben, um einen neuen Rekord aufzustellen.

Mohnt man er wie von einem Weissendieb. Sein Geigenpiel prekte er an die Brust und dann schlich er hinaus, ohne Geld und ohne warme Suppe. Schlich davon und nach ihm war eine große Stille.

Keiner wußte, woher er gekommen war, und keiner wußte, wohin er entschwand. Auch erinnerte man sich nicht, wie lange Zeit er unter ihnen gehockt hatte, der erbärmliche Zwerg mit seiner Geige, denn niemals hatte er gesprochen und feiner hatte niemals mehr als zwei schone Worte zu ihm zu sagen gewagt, nun war er fort.

Es schneite in dieser Stadt des ewigen Sommers. Kalt war es und die weichen und schweren Blüten bedekten die Blumen zu und die Häuser. War das ein Traum?

Wanderte er und wanderte er, in den weißen Tüchern und auf den zarten Teppichen, wanderte er bis fernhin, bis an den hohen Palast des Königs. Dort feierte man ein Fest in dieser Nacht, ein großes Fest! Es waren versammelt die adelsten Jünglinge und die schönsten Frauen des ganzen Landes, denn die Tochter des Königs feierte ihren zwanzigsten Namenstag und der ganze Hof war geladen.

Roter und blauer Brokat hing an den Wänden und um die Säulen von Marmor, silberne Sandalen hatten die Diener an den Füßen und die Schüsseln, die sie hinaustrugen, waren aus Gold, die Haare der Frauen aber waren schwarz wie die Leiber der langstieligen schwarzen Tuispen in den Bällen aus Safiren. Ihre Lippen, die waren weich und so rot.

Und die Tochter des Königs war die Herrlichste von allen. Sie trug eine weiße Rose an ihrer Brust und es trinkten vor ihr und huldigten ihr die jungen Ritter und Herzöge und die Königsöhne.

Da kam der häßliche Zwerg herein. Er stellte sich in eine dunkle Ecke des lichterschauenden Saales und er griff in die Saiten seiner Geige, daß sie klangen wie Harfen. Seine Augen schloß er und seine Hände strichen die Töne, als ob seine Träume den Bogen führten. So spielte er alles, was es ewig zu Sehndes gibt, er spielte von Dingen, die kein Mund sagen und keine Feder schreiben kann, von den wilden und rauschenden Nächten und von den grauen Tagen im Herbst, er spielte von Blumen und von Tieren, die Saiten rissen, da spielte er auf einer Saite weiter, von den Dämmerstunden verlassener Mädchen, von den blutenden Wunden, die sich niemals schließen. Da horst auch die letzte Saite seiner Geige.

Und die Tochter des Königs stieg herab vor ihrem Thron. Ihre weiße Rose legte sie auf seine blasse Hand und sie sagte: „Ich will mit dir tanzen!“ Da tanzte er mit ihr, der schönsten Frau des ganzen Landes, und sie strich ihm leise die vergessenen Haare aus der Stirn.

In dieser Nacht verschwand der häßliche Zwerg zum letzten Male. Man sagt, er sei gradenwegs in den Himmel gefahren. Seine Geige aber, die fand ein anderer in den weißen Blüten, als der Schnee vertaute.

## Der Kawasaki-Streik.

Kinderausbeutung im japanischen Kauschekker.

Wenn das Mittelalter und das 20. Jahrhundert zusammen treffen, wird das letztere siegen. Diese zwingende Einsicht in den Gang der sozialen Entwicklung, die überall in der Welt die tiefste Ursache des beherrschenden Overtums der erwachenden Proletariatsmassen ist, wird aufs neue bestätigt durch den Ausgange, den der große Spinner- und Webereistreik in Kawasaki fand. Dieser von einem kleinen gemerkschaftlichen Kern mit noch ganz unentwickelten Massen geführte Ausstand endete mit einem vollständigen Siege der japanischen Textilarbeiter, die unter den Methoden der frühkapitalistischen Ausbeutung am stärksten zu leiden hatten. Sie erzwangen durch ihre junge Solidarität außer einer für ihre bisherige Lebenshaltung beträchtlichen materiellen Verbesserung und wichtigen

sozialpolitischen Zugeständnissen endlich das heikelmstrittene Koalitionsrecht, und damit die sichere Operationsbasis für weitere Arbeitskämpfe. Zugleich aber wurde durch den Streik die Aufmerksamkeit auf die sozialen Verheerungen gelenkt, die der junge, noch ungezähmte Kapitalismus durch seine mächtigen Industriepflanzen anrichtet, die während der letzten zehn oder zwanzig Jahre mitten auf dem in feudalistischer Erstarrung dahinlebenden Agrarlande aufgeschossen sind.

Vor allem in der japanischen Spinnerei- und Webereindustrie, die ihre Standorte auf dem platten Lande hat, bieten Reste mittelalterlicher Hörigkeit im industriellen Arbeitsvertrag die Hebel zu einer Frauen- und Kinderflaverei, die die von Marx und Engels geschilderten grauenhaften Zustände der industriellen Frühzeit in England noch zu überbieten scheint. Das Rohmaterial der städtischen Industriearbeiter gewährleistet dieser Industrie, mit deren Erzeugnissen die japanische Handelspolitik in ganz Ostasien ein schändliches Dumping treibt, keine genügenden Profitmöglichkeiten. Die mächtige Fuji-Kompagnie und ihre Konkurrenten veranstalteten darum unter den patriarchalischen Bauernfamilien eine organisierte Menschenjagd mit Sklavereikontrakten. Die Bauern nehmen von den Agenten gern Geldpoorschüsse, um ihre Bodenschulden abzustößen und vermieten dafür ihre Töchter. Gegen eine Summe von vielleicht 80 Yen (etwa 150 Mark) legen die Gesellschaften für Jahre ihre Faust auf das willige Ausbeutungsobjekt.

In Kawasaki gewöhnten die Gesellschaften den Mädchen einen Tagelohn von durchschnittlich 45 Sen (etwa 85 Pfennige); aus diesem winzigen Lohn haben die Mädchen etwa 35 Sen täglich für Essen und Wohnung zurückzubehalten, außerdem einen halben Tagelohn monatlich für einen von der Gesellschaft verwalteten „Versicherungsfonds“. Der Rest dient zur allmählichen Tilgung des an den Vater gewährten Darlehens. Auf diese Weise dauert es zwei bis drei Jahre, bis ein Handgeld von 150 Mark abgearbeitet ist. Während dieser Zeit leben die Menschen, deren Alter von 12 bis 20 Jahre beträgt, als Gefangene in den Schlafhäusern der Gesellschaft. Sie werden 1/3 Uhr morgens vom Lager getrieben und stehen von 6 Uhr ab an den Maschinen. Um neun Uhr ist eine viertelstündige, um zwölf Uhr eine halbstündige, um drei Uhr wieder eine viertelstündige Pause; in ruhigen Zeiten endet die Arbeit um sechs, während der Perioden starker Beschäftigung dehnt sie sich bis in den späten Abend hinein. Aus einem Berichte von Nobuhisa Shunjo, dem Direktor der japanischen Gewerbeinspektion, geht hervor, daß 610 000 Arbeitskräfte in den Schlafhäusern der japanischen Industrie gehalten werden, und daß mehr als die Hälfte von ihnen durch das Kontraktssystem „rekrutiert“ wird. Die überwiegende Zahl dieser Schlafhäuser findet sich in der Textilindustrie, aber es wird für die Gesellschaften immer schwieriger, den regelmäßigen Abgang durch neue Anwerbungen aufzufüllen, da die Zustände, die dort herrschen, unter den Bauern bekannt werden. Nur aus den entlegensten bäuerlichen Landstrichen können noch Mädchen angeworben werden.

Die Forderungen, die während des Kawasaki-Streiks von den Insassinnen der Schlafhäuser erhoben wurden, veranschaulichen am besten ihre elenden Lebensbedingungen. Sie forderten:

1. Das Recht, nach Hause zu gehen, wenn in der nächsten Familie ein Todesfall eintritt.
2. Das Recht, den Besuch ihrer nächsten Verwandten zu empfangen.
3. Der Verdienst soll an die Eltern nicht ohne Einwilligung der Mädchen abgeliefert werden.
4. Jeden zweiten Tag eine Fleisch- oder Fischmahlzeit.
5. Das Recht, der Gewerkschaft beizutreten.
6. Die Wiedereinstellung von 16 entlassenen Arbeiterinnen.

Mit diesen Forderungen beteiligten sich diese kleinen Kontraktmädchen vom Lande während des großen Kawasaki-Streiks im Dezember 1925 zum ersten Male an einem Arbeitskämpfe. Dierzig von ihnen durchdrangen den Ring der 200 Wachmänner, die von der Gesellschaft besetzt worden, und vereinigten sich mit den Streikenden, die vor den Fabriktoren demonstrieren. Die übrigen wurden mit roher Gewalt zurückgetrieben. Während des Vorbeimarsches der Demonstranten vor ihren Schlafhäusern drängten sie sich an die Gitterstäbe und jubelten ihren Arbeitsbrüdern zu, und selbst ein Radiosender, das die Gesellschaft als Beruhigungspulver geben wollte, fand keine Aufmerksamkeit.

Anfangs ließ die Gesellschaft die wohlbekannte Unternehmerrhetorik hören: „Die Gesellschaft wird ihrer Profite verlustig gehen. Aber sie will weit eher Verluste erleiden, als sich in ihrer Verfügungsfreiheit beschränken lassen. Sie ist jederzeit bereit, mit einzelnen Arbeitern zu verhandeln, aber nicht mit der Gewerkschaft, denn diese vertritt nicht die bei ihr Beschäftigten. Nach der Aufstellung der Gesellschaft besteht nicht eine Streikbewegung, sondern Arbeitswillige werden durch Terror von Unkenreitern, eben die Gewerkschaft, von der Arbeit ferngehalten.“ Der Nationalverband der Spinner- und Webereiarbeiter machte diese Stellungnahme der Fuji-Kompagnie zu der seinen. Aber die öffentliche Meinung, die sich auch in Japan allmählich bemerkbar macht, stellte sich auf Seiten der Streikenden. Der japanische Gewerkschaftsbund unterstützte den Streik vom Beginn bis zum Ende. Die Vereinigung der Bauernpächter sandte eine Resolution; die Bergleute entsandten organisierte Hilfskräfte; eine freiwillige Sammlung in einer Fabrik in Utsuha erbrachte 1500 Yen, die durch Arbeiterabfahrer den Streikenden überbracht wurden. Aus ganz Japan floßen Spenden in das Hauptquartier der Streikenden. Die Kleinrentner gewährten finanzielle Unterstützung. Eine Delegation liberaler Tokioer Redaktionsmänner, die die Gefangenschaft der Mädchen für rechtswidrig ansahen, verlangte die Leistung des Unternehmens zu sprechen, wurde aber nicht vorgelassen. Die Tokioer Zeitungen erhoben Protest. Die Kreisbehörden versuchten eine Befriedigung herbeizuführen. Die Haltung der Polizei war im allgemeinen freundlich und besonnen, obwohl sie auf Grund der erhaltenen Anweisungen Sympathiedemonstrationen, die aus benachbarten Städten herbeikamen, zerstreute.

Endlich fügte sich die Gesellschaft auf den Druck der Zentralregierung einem Uebereinkommen, das für die Gewerkschaft einen fast vollständigen Sieg bedeutete. Sie gestand alle oben erwähnten Forderungen bis auf die letzte. Außerdem bequimte sie sich, den Streikenden ein Drittel des verlorenen Lohnes zu zahlen und keine Entlassungen wegen der Beteiligung am Streik vorzunehmen, sie weigerte sich zwar, die 16 entlassenen Kautatorinnen wieder einzustellen, verpflichtete sich aber, ihnen eine Abgangsschädigung von 4000 Yen auszus zahlen.

Der günstige Ausgang des Kawasaki-Streiks zu Ende Dezember sowie die am 1. Dezember 1925 erfolgte formelle Gründung einer konstitutionellen Arbeiterpartei nach englischen Muster haben der japanischen Arbeiterbewegung einen Nachschwung zugeführt, der sich in der inneren und äußeren Politik Japans bald bemerkbar machen wird.

Münzen aus Glas. In der römischen Kaiserzeit wurden auch Münzen aus Glas hergestellt. Es waren, wie Fedhaus berichtet, Glaskugeln in runder, hoher Form und ungefähr von der Größe der sonst im Umlauf befindlichen Münzen. Während die Unterseite nach war, trug die Oberfläche ein Bild oder auch eine Inschrift aufgetragt. Auch aus der arabischen Zeit Ägyptens haben sich münzenähnliche Glasstücke erhalten. Auf ihre Flächen sind Sprüche aus dem Koran geprägt, daneben tragen sie indes auch stets die Angabe eines bestimmten Gewichtes, so daß es immerhin möglich ist, daß diese Glasmünzen vielleicht auch als Gewichte dienten oder als Zahlungsmittel für Regierungslieferungen benützt wurden.

